

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

November
2015

EDITORIAL



von Jens Matthis

Die Grundwerte der LINKEN stehen heute auf der Probe.

Angesichts der verbrecherischen Terroranschläge in Paris, angesichts der weltweiten Empörung über das Regime des sogenannten „Islamischen Staates“ und der immer lauter werdenden Forderung nach einer militärischen Intervention in Syrien, welche Chance hat da noch die Forderung einer auf FRIEDEN und Verständigung gerichteten Außenpolitik?

Angesichts der allgemeinen Hilflosigkeit ob eines nicht abreißen Flüchtlingsstroms aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens, angesichts des immer lauter werdenden Rufes nach Schließung der Grenzen und der Abschiebung vieler im verschärften Asylrecht „nicht vorgesehenen“ Menschen, welche Chance hat da noch der Ruf nach SOLIDARITÄT?

Angesichts zunehmender rechtspopulistischer Hetze auf der Straße und im Internet, zunehmend aber auch in Politik und Leitmedien, angesichts geschürter Ängste bei ganz normalen Menschen vor dem unbekanntem Fremden und dem in ganz Europa wieder aufflammenden Nationalismus, welche Chance hat da noch die Idee der GLEICHHEIT ALLER MENSCHEN unabhängig von Herkunft, Sprache und Religion?

Einiges in dieser Zeitung wird sich mit diesen Werten beschäftigen, anderes dient der Selbstverständigung und Selbstfindung der Dresdner LINKEN in einer komplizierter gewordenen Welt. Wohl keiner ist so naiv, zu glauben, dass sich die großen Probleme mit einfachen Bekenntnissen zu linken Grundwerten lösen lassen, nicht in Dresden, auch nicht sonst in der Welt. Durch Kriege, Entsolidarisierung und Rassismus aber lässt sich gar nichts gewinnen, sondern wird alles nur noch schlimmer.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Nicht weniger, sondern mehr Menschlichkeit!

von Sarah Buddeberg

Am Abend des 13. November 2015 erschütterten die schrecklichen und unfassbar brutalen Terroranschläge in Paris die Welt und damit auch uns. Noch immer schweben Menschen in Lebensgefahr, sind Opfer nicht identifiziert, sind nicht alle Details der furchtbaren Nacht klar. Immer wieder kam es am Wochenende zum Fehlalarm in Paris, ein Video dokumentiert, wie Menschen, die Blumen und Kerzen niederlegen, mit einem Mal panisch auseinanderrennen. Die IS-Terroristen haben mit dieser blutigen Nacht bereits ein Ziel erreicht: Sie haben Angst und Schrecken verbreitet.

Noch scheint es zu früh, die Bedeutung und Auswirkung der Anschläge umfassend einzuordnen und abzuschätzen. Umso wichtiger ist es, die reflexhaften politischen Reaktionen und Instrumentalisierung durch Rechte und Rechtskonservative zurückzuweisen. In Dresden wird seit über einem Jahr in immer offeneren Hetzreden vor der sogenannten „Islamisierung des Abendlandes“ gewarnt. Für die Brandstiftenden und Brandlegenden in Sachsen sind die Bilder und Nachrichten aus Paris Wasser auf die Mühlen. Im Internet kursiert eine Karikatur, die dies treffend auf den Punkt bringt: Ein Nazi schüttelt einem Terroristen die Hand, in der Sprechblase steht: Merci! (Danke!). Die menschenfeindliche Anti-Asyl-Bewegung, so müssen wir befürchten, wird aus der aktuellen Situation politisches Kapital schlagen, scheint sich doch die Warnung vor dem islamischen Terror auf die schrecklichste Art und Weise zu bestätigen. Verschwiegen wird, was doch so klar auf der Hand liegt. Die Menschen, die aus Syrien nach Europa fliehen, sind auf der Flucht vor demselben Terror, der sich in Paris manifestiert hat. Aber nicht nur dort, sondern auch bei den Anschlägen in Beirut und Bagdad, die ebenfalls zahlreiche Todesopfer forderten und verzweifelte Angehörige zurücklassen. Hier bei uns begegnet den Geflüchteten wieder Hass und Gewalt, weil sie zu Unrecht mit den Terroristen gleichgesetzt werden. Nicht umsonst haben zahlreiche Muslime sich klar von den Anschlägen distanziert, haben ihre Trauer und Wut zum Ausdruck gebracht, verdeutlicht, dass die sinnlose Gewalt für sie mit dem Islam absolut unvereinbar ist. Werden sie noch gehört? Wie steht es um unsere Gesellschaft, wenn eine solche



Der Eiffelturm, eigentlich ein Nationalsymbol wird zum Friedenssymbol
Grafik: #PeaceForParis-Logo von Jean Jullien

vehemente Distanzierung notwendig ist, auch wenn der übergroße Teil der Muslime mit diesen Terroristen nichts, aber auch gar nichts gemein hat?

Mit Blick auf unsere Kultur stellt sich die Frage: Was meinen die Pegida-Anhänger_innen zu verteidigen? Und wovon? Wir leben in einer Zeit, in der insbesondere in Sachsen Übergriffe auf fremd aussehende Menschen, Brandanschläge auf Unterkünfte, Überfälle auf Parteibüros und Presseredaktionen an der Tagesordnung sind. Das Maß an Gewalt und der sprühende Hass sind schockierend. Wir dürfen uns keinesfalls daran gewöhnen. Im Gegenteil, wir müssen uns dem entschieden entgegenstellen. Wenn dies geduldeter Teil unserer Kultur wird, wird sie von innen zerstört. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, unsere Gesellschaft gegen Angriffe auf unsere in den Menschenrechten verankerten Grundwerte zu verteidigen. Das konkret zu tun sollten wir als LINKE, als Genossinnen und Genossen, nicht müde werden: Am Gartenzaun, bei der Arbeit, im Freundeskreis – wo immer wir Menschen treffen, die in diesen unruhigen Zeiten der rechten Hetze auf den Leim gehen.

In diesen Tagen geht der Blick nach Paris. Unser tiefes Mitgefühl gilt den

Opfern der Anschläge, ihren Angehörigen und Freund_innen. Bei aller Trauer, Wut und Verzweiflung müssen wir klar machen, dass die Antwort auf Gewalt nicht noch mehr Gewalt sein kann. Dass wir als LINKE militärische Vergeltungsschläge, die immer mehr Zivilist_innen treffen und in die Flucht treiben, strikt ablehnen. Dass eine Abschottung Europas die Menschen das Leben kosten wird, die vor dem IS-Terror fliehen. Dass auch der Versuch einer totalen Kontrolle in keinen Schutz vor blutigen Selbstmordanschlägen sein wird. Wenn wir selbst nicht standhaft bleiben und unsere gesellschaftlichen Werte vor ihrer Aushöhlung schützen, haben die Terroristen noch viel mehr erreicht. Genau das dürfen wir nicht zulassen. Nicht weniger, sondern mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Solidarität, mehr Menschlichkeit – das muss unsere Forderung bleiben.



Sarah Buddeberg ist gemeinsam mit Jens Matthis amtierende Vorsitzende von DIE LINKE. Dresden

sarah.buddeberg@dielinke-dresden.de
www.sarah-buddeberg.de



Reine Privatsache?

von Sarah Buddeberg

70 Frauen mussten im Jahr 2014 im Dresdner Frauenschutzhaus abgewiesen werden, weil bereits jeder der 32 Plätze belegt war. Das Frauenschutzhaus ist oft die einzige und letzte Zufluchtsmöglichkeit für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind.

Laut einer Studie des Bundesfamilienministeriums ist oder war jede vierte Frau in der Bundesrepublik von häuslicher Gewalt betroffen. In jeder 5. Partnerschaft wird Gewalt angewendet. Häusliche Gewalt kommt in allen Schichten vor, Bildungshintergrund, Religionszugehörigkeit, Alter oder Einkommen spielen demnach keine Rolle.

Die TäterInnen sind zu 95% Männer, die Opfer zu 99% Frauen. Häusliche Gewalt ist die häufigste Ursache von Verletzungen bei Frauen, häufiger als Verkehrsunfälle und Krebs zusammen genommen. Anders gesagt: das eigene Zuhause ist für Frauen der gefährlichste Ort.

Wie die Zahlen deutlich zeigen, handelt es sich bei häuslicher Gewalt um geschlechtsspezifische Gewalt und ist eine Konsequenz struktureller Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen. Die Ursachen für häusliche Gewalt liegen demnach auch in einer patriarchalen Gesellschaftsordnung, in der stark verfestigte Rollenbilder Männern Stärke, Dominanz und Macht zusprechen, Frauen hingegen mit Duldsamkeit, Unterlegenheit und Passivität verbunden werden. Um gegen geschlechtsspezifische Gewalt vorzugehen muss daher gleichzeitig immer auch gegen eine Geschlechterhierarchie in der Gesellschaft vorgegangen werden.

Doch obwohl die Zahlen der Betroffenen derartig hoch sind, ist das Thema Häusliche Gewalt nach wie vor ein Tabuthema. Noch immer wird den Betroffenen häufig nicht geglaubt, die



Foto: Gabriele Remscheid / pixelio.de

Gewalt als Familienstreit abgetan und den Opfern eine Mitschuld gegeben.

Zudem leidet das Netz an Frauenschutzhäusern und Beratungseinrichtungen an chronischer Unterfinanzierung. Die Platzkapazität des Frauenschutzhauses in Dresden ist seit seiner Gründung 1994 gleich, trotz einer steigenden Einwohnerzahl. Die finanziellen Förderungen durch das Sächsische Sozialministerium und die Landeshauptstadt Dresden reichen jedoch vorne und hinten nicht aus, wie die hohe Zahl abgewiesener Frauen deutlich zeigt.

Grundsätzlich hat sich an der Reaktion auf Häusliche Gewalt und dem Umgang

damit in den letzten Jahren durchaus einiges geändert und zum positiven entwickelt. So lag bis vor etwa 10 Jahren der Fokus der Arbeit noch mehr oder weniger ausschließlich im Bereich des Gewaltschutzes noch in der Aufnahme von Betroffenen in Schutzeinrichtungen. Mittlerweile ist man von dem bloßen Reagieren bei einer Eskalation übergegangen in einen präventiven ganzheitlichen Ansatz. So ist durch Fortbildungen, Schulungen und Informationskampagnen eine deutlich größere Sensibilisierung bei Polizeikräften, dem Jugendamt, Arztpraxen und in der Bevölkerung vorhanden. Doch auch wenn sich die Situation in einigen Punkten verbessert hat, ist hier noch enormer Nachholbedarf.

Wie ich benutzt wurde

von Dr. Arno Pfortner

Am 12. Oktober 2015 sendete die ARD in ihren Tagesthemen einen Beitrag über eine am gleichen Tag stattgefundene Mitgliederversammlung unseres Ortsverbandes Dresden-Neustadt/Loschwitz zum Thema Asyl. Darin wurde ich mit einem im Rahmen eines Interviews aufgenommenen Satz gezeigt. Dieser lautete sinngemäß, dass es bei den Asylbewerbern und Flüchtlingen Leute gibt, die überzogene Forderungen stellen, was bei vielen Menschen nicht gut ankam und sie auf Distanz gehen lässt. Die Ausstrahlung dieser Passage rief berechtigterweise bei Mitgliedern unseres Ortsverbandes und auch bei mir selbst Ärgernis hervor, weil sie in einem völlig anderen Zusammenhang gebracht wurde als sie gedacht war.

Unmittelbar davor hatte ich dargelegt, dass ich mich persönlich gut in die Situation der Asylsuchenden und Flüchtlinge hineinversetzen kann, da ich als 11-Jähriger selbst die Heimat verlor und wochenlang mit meinen Eltern mehrere Lager durchlief, bis wir erst nach Monaten in einem 11 m² kleinen Zimmer

mit 3 Personen eine feste Bleibe fanden. Dass ich also weiß, wie es diesen Menschen geht und wir alles tun müssen, um ihnen menschenwürdige Bedingungen bei Unterbringung und Betreuung zu schaffen. Und dann sagte ich den oben erwähnten Satz. Er sollte der Anfang für einen weiteren Gedanken sein. Doch als er ausgesprochen war, stellte mir die Reporterin gleich eine weitere Frage. Da ich, wie im Fernsehen deutlich erkennbar, langsam sprach, nahm sie wohl an, dass ich die Beantwortung der Frage als beendete ansah. Ich will ihr nicht unterstellen, dass sie froh war, eine Aussage im Kasten zu haben, die man in verschiedenen Richtungen verwenden kann.

Beim Ansehen des Sendebeitrages wurde mir aber sofort klar, dass es mein großer Fehler war, diesen Satz allein für sich im Raum stehen zu lassen und nicht zu erkennen, dass mit ihm manipuliert werden kann. Ich hätte darauf bestehen müssen, meinen Gedankengang zu Ende zu führen. Da wollte ich sagen, dass wir mit Argumenten und Fakten versuchen sollten, die bei den

auf Distanz gegangenen Leuten auftretende Ängste zu zerstreuen und wenigstens einige zu überzeugen, sich bei den vielfältigen Aktivitäten pro Asyl einzubringen oder wenigstens auf das Mitlaufen bei Pegida zu verzichten.

So konnte es kommen, dass ich mit diesem Satz benutzt wurde, um die in diesem Sendebeitrag gestellte Frage, ob denn die Parteibasis in der Asylfrage wirklich hinter der Parteiführung steht, im gewünschten Sinne zu beantworten. Mein Satz musste als Beispiel dafür dienen, dass es besonders bei älteren Parteimitgliedern Bedenken und Vorbehalte zum Kurs der Parteiführung in der Asylfrage gibt. Dadurch entstand ein falsches Bild unserer Mitgliederversammlung, der Position unseres Ortsverbandes und der Partei.

Außer mit mir wurden auf unserer Mitgliederversammlung mit zwei weiteren Genossen Interviews geführt. Aus allen Darlegungen fand man offensichtlich nur diesen einen Satz bei mir, den man für eine Spitze gegen unsere Partei nutzen konnte.

Adresse der Dresdner Interventions- und Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt



Fröbelstrasse 55
01159 Dresden
Tel.: 0351/ 8 567 210
Fax: 0351/ 8 567 564
E-Mail: dik@fsh-dresden.de

Die Folgen von Gewalterfahrungen sind immens, sowohl akut als auch langfristig. Neben den körperlichen Verletzungen, erleiden die Betroffenen psychische Beeinträchtigungen und sind häufig langfristig traumatisiert. Eine der fatalsten Konsequenzen Häuslicher Gewalt ist die Tatsache, dass sie vererbt wird. Kinder aus gewalttätigen Beziehungen sind auch immer Opfer Häuslicher Gewalt und die Wahrscheinlichkeit, dass sie selbst im Erwachsenenalter Gewalt in der Beziehung ausüben ist sehr hoch.

Und auch die Gesellschaft leidet mit, denn sie hat die Kosten für die (Männer-)Gewalt zu tragen: Jährlich flüchten rund 40 000 Frauen und Kinder in eines der 360 Frauenhäuser bundesweit. Weitere Kosten entstehen durch Polizeieinsätze, und Gerichtsverfahren, aber auch durch Arbeitsausfälle, ärztliche Behandlungen und psychologische Betreuung.

Die Zahlen zeigen, häusliche Gewalt ist keine Privatangelegenheit, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Und um die Ursachen häuslicher Gewalt zu bekämpfen muss gegen die strukturelle Ungleichheit und vor allem geschlechtsspezifische Rollenbilder von Männern und Frauen vorgegangen werden.

Refugees welcome -
Flüchtlinge willkommen

Aktiven- und Helferkonferenz
für ein offenes Land,
hilfsbereites Land

Samstag, 28.11.2015
11-18.30 Uhr
Deutscher Bundestag
Paul-Löbe-Haus
Eingang West



Mit der Ausrufung der Republik kamen die ersten freien gleichen und geheimen Wahlen in Sachsen

Ende und Anfang im November 1918

von Tilo Wirtz

Es mag das gespaltene Verhältnis der Sachsen zu Demokratie, Pluralismus und Parlament aufzeigen, dass sich hier allenfalls anekdotenhaft an das Ende der Monarchie im November 1918 und überhaupt nicht an den gleichzeitigen Beginn der Republik erinnert wird. Das Königreich Sachsen hatte im Jahre 1889 zu 800-Jahr-Jubelfeier des Herrscherhauses Wettin erkennbar den Zenit seiner Bedeutung überschritten. Zwei Drittel seines Gebietes hatte Sachsen bereits 1815 nach den napoleonischen Kriegen an Preußen abtreten müssen. Zudem war es auf der Verliererseite im preußisch-österreichischen Krieg in eine faktische Abhängigkeit von Preußen geraten. Trotzdem wurden zur Jubelfeier 1889 Denkmale enthüllt und Zylinder in die Luft geworfen, was das Zeug hielt.

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts hatte sich das der wirtschaftlichen und technischen Modernisierung sehr aufgeschlossene Königshaus mit Händen und Füßen gegen jede politische Erneuerung gestäubt, wie die Reform

des Wahlrechtes. Dieses war im Königreich Sachsen ein vordemokratisches Zensuswahlrecht mit Stimmgewicht nach Steueraufkommen, das Frauen von vornherein ausschloss. Gab es also vor dem ersten Weltkrieg bereits politische Unzufriedenheit, entzog der Ausgang des 1. Weltkrieges den deutschen Herrscherhäusern jeden Rest an Legitimation.

Dann machd doch eiern Dregg alleene!

In Sachsen vollzog also im November 1918 auch der letzte Sachsenkönig Friedrich August III. die Abdankung. Überliefert aber unverbürgt ist als letztes königliches Zitat die Wendung: „Dann machd doch eiern Dregg alleene!“.

Eigentlich in jeder Republik, die stolz darauf ist eine zu sein, ist das Datum ihrer Ausrufung gegenwärtig. Nicht so in Sachsen. Oder wer weiß, wann wer wo die Republik in Sachsen ausgerufen hat? – Es war der Abgeordnete der USPD Hermann Fleißner am 10. November 1918 im Zirkus Sarrasani in Dresden. Fleißner



Demonstration der Matrosen in Wilhelmshaven, 10. November 1918
Foto: Bundesarchiv, Bild 146-1976-067-10A / CC-BY-SA 3.0

Nu, ihr seid mir scheene Demograden!

war Tischlermeister in Pirna gewesen, bevor er nach Tätigkeit im Gemeinderat in Löbtau und im Dresdner Stadtrat in den Sächsischen Landtag gewählt wurde, dem er von 1909 bis 1920 angehörte. Anschließend war er bis 1924 Landesminister für Volksbildung und von 1924 bis 1933 Reichstagsabgeordneter. Fleißner kann als linker vermutlich marxistischer Sozialdemokrat gelten, der sich den mehrheitlich von der Sozialdemokratie unterstützten Rüstungsvorhaben der Reichsregierung in den zwanziger Jahren genauso verweigerte, wie er Abstand zur Kommunistischen Partei hielt.

An Hermann Fleißner, das Datum der Ausrufung der Republik und den Ort des Geschehens, der im 2. Weltkrieg zerstört wurde an der Sarrasanistraße in der Inneren Neustadt erinnert heute nichts mehr. Da kommt mir ein zweites unverbürgtes Zitat vom letzten Sachsenkönig Friedrich August III. in den Sinn. Als er im Jahre 1920 mit dem Zug in einen Dresdner Bahnhof einfuhr, begannen die Menschen ihm lautstark zu huldigen. Angeblich kommentierte seine Majestät dies mit den Worten: „Nu, ihr seid mir scheene Demograden!“

Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht

von Renate Herfert

Der 9. November ist in jedem Jahr ein Tag des Gedenkens an die Reichspogromnacht 1938. In diesem Jahr fiel der Tag auf einen Montag. Der Pegida-„Spaziergang“ war eine Provokation und sollte verboten werden. Viele Einträge bei Facebook forderten das. Doch Oberbürgermeister Hilbert entschied sich anders.. Nachzulesen im Interview in der Sächsischen Zeitung.

In der ganzen Stadt trafen sich viele Bürger, um an den 177 Stolpersteinen in Dresden der vielen Opfer der Nationalsozialisten zu gedenken.

In Abstimmung mit der Vorsitzenden vom Verein Stolpersteine, Marita Schieferdecker-Adolf haben Genossen des Ortsverbandes Plauen auf der Helmholzstraße 3 b Rosen niedergelegt und Kerzen aufgestellt. Vor dem ehemaligen Wohnhaus der Familie Chitz sind vier Stolpersteine eingelassen. Genossin Rotraut Näther hatte recherchiert und die Lebens- und Leidensgeschichte der Familie Chitz/Sheets vorgetragen.

Wer waren die vier Menschen? Dr. Arthur Oskar Chitz wurde am 5. September 1882 in Prag in einer deutschsprachigen jüdischen Fabrikantenfamilie geboren. Dort besuchte er eine katholische Klosterschule. Er war musisch sehr talentiert. An der Deutschen Universität in Prag, aber auch in Leipzig und Wien studierte er naturwissenschaftliche Fächer, Philosophie und Musikgeschichte. 1906 heiratete er Gertrud Helene Stern, die am 24. Mai 1884 ebenfalls in Prag geboren wurde. Seit 1908 lebte die Fa-

milie in Dresden. Tochter Hildegard kam 1907 und ihr Bruder Herman Ernst kam 1908 auf die Welt. Die Familie lebte 24 Jahre auf der Helmholzstraße 3 b. Von 1918 bis 1933 war er als Kapellmeister und Musikdirektor am Dresdner Schauspielhaus angestellt. Am 1. Januar 1934 wurde er aus dem Theaterdienst entlassen. Im Zuge der Verhaftungen in der „Reichskristallnacht“ 1938 wurde er vorübergehend im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert. 1940 musste das Ehepaar in das Judenhaus Lothringer Weg 2 umziehen, wo zu ihren Nachbarn auch Victor Klemperer gehörte. Im Januar 1942 wurde Arthur Chitz mit seiner Frau vom Bahnhof Dresden-Neustadt aus nach Skirotava bei Riga deportiert. Er musste dort beim Eisenbahnbau arbeiten. Er starb vermutlich 1944 im Konzentrationslager Riga-Kaiserwald. Dort verstarb vermutlich auch seine Frau. Tochter Hildegard und Sohn Herman Ernst konnten 1939 in die USA fliehen. Alle Versuche, die Eltern in Sicherheit zu bringen, schlugen fehl.

Dr. Herman Ernst Sheets, wie er sich seit 1939 nannte, verstarb 2006 und seine Schwester Hildegard Margarete Bock schon 1984. Die Verlegung der Stolpersteine fand statt in Anwesenheit der aus den USA angereisten Nachkommen der Familie. Während unserer Mahnwache stellte sich eine junge Frau dazu. Hinterher erzählte sie uns, dass sie in dem Haus wohne und noch Kontakt zu den Familienangehörigen habe. Wir bateten sie ihnen von unserem Gedenken zu berichten.

Solidarität in der Neustadt

von Kristin Hofmann und Anne Gieland



Am 12. Oktober hatte der Ortsverband der LINKEN zum Treffen eingeladen. Neben allerlei Parteiinterna (an dieser Stelle: Glückwunsch an Thomas Truxa zur Wahl als stellv. Ortsbeiratsmitglied) stand das Thema Asyl im Mittelpunkt unserer Versammlung. Andreas Naumann, Stadtrat der LINKEN und als Mitarbeiter beim Sächsischen Flüchtlingsrat u.a. zuständig für den Ortsamtsbereich Neustadt, hatte einige Geschichten und Zahlen parat, um den Anwesenden die Situation von AsylbewerberInnen in Dresden zu verdeutlichen. Und eines ist immer wieder klar geworden: jeder kann helfen. Sei es durch Kleiderspenden (hier sind die großen Sozialträger wie Heilsarmee und Caritas die richtigen Ansprechpartner) oder durch ehrenamtliche Sprachkurse (DAMF mit Sitz in der Wir AG braucht Hilfe und LehrerInnen) bzw. durch sonstige „Zeitspenden“ - alles hilft, um den Flüchtlingen die Langeweile ein wenig zu verkürzen.

Außerdem wird es in den kommenden Wochen wichtig sein, den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge einen Besuch der verschiedenen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen und die konkrete Ausgestaltung mit allen beteiligten Akteur_innen zu erarbeiten. Anwesend war auch das Fernsehen, um an einem Montag in Dresden auch andere Bilder statt Pegida zu zeigen. Leider war die ARD-Berichterstattung nicht ausgewogen, die des MDR dafür umso mehr. Für alle, die es gesehen haben, dies nur als Hinweis, dass wir als LINKE - in der Neustadt und anderswo - natürlich solidarisch gegenüber allen Menschen sind, die in Not Schutz in unserem Land suchen. Auch gegenüber jenen, die in der Hoffnung auf ein besseres, sichereres Leben den Weg auf sich nehmen. Kein Mensch ist illegal!

Kristin Hofmann und Anne Gieland sind Ortsbeirätinnen im OBR Neustadt

München eröffnete neues Dokumentationszentrum

von Max Pagenkopf

Dieses „Museum“ beschreibt die Entwicklung des Nationalsozialismus vom Ende des 1. Weltkriegs über eine kleine und unbedeutende Partei in den Hinterzimmern der Wirtshäuser bis hin zum 2. Weltkrieg und der Shoa, sowie die mangelhafte Aufarbeitung oder auch das „große Vergessen“ in der Nachkriegszeit und die Entstehung des Neonazismus.

Neonazismus ist hier jedoch das falsche Wort. Dazu hätte die Ideologie zuallererst komplett verschwinden müssen. Um so erschreckender ist es zu sehen, dass seit einem Jahr ein wütender Mob auf Dresdens Straßen unterwegs ist und genau die selben Parolen verwendet, die auch in der gesamten Zeit des Nationalsozialismus verwendet wurden und sogar als Leitbild auf NSDAP-Standardarten zur Schau gestellt wurde.

Diese Menschen wollen mit „den Nazis“ nichts zu tun haben? Ein Besuch im NS-Dokumentationszentrum in München könnte diverse Bildungslücken schließen. Auch allen anderen Menschen sei ans Herz gelegt, beim nächsten Besuch in München ein paar Stunden für einen Besuch einzuplanen.

Insbesondere sollte erwähnt werden, dass ein kostenloser Audio-Guide angeboten wird, welcher nicht nur die Ausstellung mit O-Tönen und Zeitzeugenberichten ergänzt, sondern diese auch in „einfacher Sprache“ und Kindgerecht anbietet. Zusätzlich gibt es auch eine Führung, die sich ausschließlich mit der Entwicklung des NS-Antisemitismus beschäftigt.

Kandidaturen für den Stadtvorstand

WEITERE KANDIDATUREN

Dr. Margot Gaitzsch

Politisches:

Seit ihrer Gründung bin ich Mitglied der LINKEN. Seit dieser Zeit bin ich auch Mitglied im Ortsvorstand Prohlis. Die vergangenen 10 Jahre war ich Mitglied des Stadtvorstandes und seit 2009 bin ich Stadträtin für DIE LINKE im Dresdner Stadtrat. Dort bin ich in den Bereichen Sport und Umwelt aktiv. Im Jahr 2011 habe ich mit meinem Mann und einigen anderen Genoss_innen – z. B. Rita Kring, Rita Kunert, Rica Gottwald, Rotraut Näther, Martin Uhlig, Silvio Lang und Holm Theinert die AG Antifa in der LINKEN.Dresden gegründet. Diese drei Bereiche beschreiben, außer meiner Tätigkeit im Ortsverband Prohlis das Spektrum meiner politischen Arbeit. So war es nur folgerichtig, dass ich im vergangenen Jahr das Netzwerk „Prohlis ist bunt“ mit auf den Weg gebracht habe.

Mir ist besonders wichtig, dass in der LINKEN.Dresden parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit eng verbunden werden, dass DIE LINKE nicht in erster Linie über die Arbeit unserer Stadtratsfraktion wahrgenommen wird. Deshalb ist die Arbeit in Bündnissen sehr wichtig. Für mich steht dabei das Bündnis „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ an erster Stelle. Ebenso wichtig ist die Arbeit im Netzwerk „Dresden für Alle“ und bei Prohlis ist bunt. Im vergangenen Jahr waren - und sind es natürlich auch jetzt - die vielfältigen Kontakte mit Asylsuchenden, sei es in Deutschkursen, bei Freizeittreffs oder Straßenfesten, eine Bereicherung in meinem Leben und helfen dabei, Probleme vor Ort gemeinsam zu lösen sowie Menschen das Ankom-



men in einer fremden Umgebung zu erleichtern.

Umweltpolitische Fragen sind für mich Fragen gesellschaftlicher Nachhaltigkeit. Sie begegnen uns auf Schritt und Tritt im Alltag. Sie Beginnen beim Kredo „Jeder Einkauf ist politisch“, gehen über die notwendige Senkung des Energieverbrauches bis zu einem nachhaltigen Hochwasserschutz. Hochwasserschutz kann nur dann nachhaltig sein, wenn er dem Wasser mehr Raum gibt und wenn überregional gehandelt wird. Nachhaltigkeit ist für mich auch immer eine soziale Frage, denn letztendlich brauchen wir alle zum Leben eine intakte Umwelt.

Ich möchte meine Erfahrungen in die Arbeit des nächsten Stadtvorstandes einbringen und dazu beitragen, dass wir als DIE LINKE diese und andere drängende Fragen weiter zielstrebig in praktische Politik umsetzen und dabei immer wieder gemeinsam nach neuen Wegen und Bündnispartnern suchen.

Persönliches:

61 Jahre, drei erwachsene Kinder, drei Enkel, Lehrerin – seit 1995 freiberuflich, derzeit Deutsch als Fremdsprache

Ortsverband Dresden-West wählte neuen Ortsvorstand

30 Genossinnen und Genossen nahmen an der Mitgliederversammlung des Ortsverbands Dresden-West teil und wählten ihren neuen Ortsvorstand für die kommenden zwei Jahre. Als neuer und alter Ortsvorsitzender wurde Uwe Baumgarten bestätigt, der gemeinsam mit Marlis Goethe, Julia Schreiber, Katrin Fleischer, Silvio Lang und Dirk Wagner die politische Arbeit für den Ortsverband West koordinieren wird.



Wahlkreisbüro Roter Renner.

Thematisch ging es in der Mitgliederversammlung um die seit einem Jahr andauernden PEGIDA-Demonstrationen und wirksame politischen Gegenstrategien. Die Genossinnen und Genossen berie-

ten über weitere Vorhaben des Stammes im Roten Renner und André Schollbach stellte seine neue Wahlkreismitarbeiterin für den Dresdner Westen vor. Künftig wird Anja Stephan die Büroleitung im Roten Renner übernehmen. Anja Stephan ist seit vielen Jahren in der kommunalpolitischen Jugendarbeit engagiert und koordinierte im Team von Dr. Eva Maria Stange den Wahlkampf zur Oberbürgermeisterwahl. Der neue Ortsvorsitzende Uwe Baumgarten bedankte sich bei den Genossinnen und Genossen für ihre couragierte Arbeit, die sie ehrenamtlich im Dresdner Westen leisten, insbesondere den Mitgliedern des alten Vorstandes. (Red. Max Kretzschmar)

Maurice Devantier

Über mich:

- 1979 geboren
 - Philosoph, Politikwissenschaftler, Historiker, Lehrer
 - Seit 2010 im Ortsbeirat Pieschen und Mitglied der Partei DIE LINKE.
 - Seit 2013 Vorsitzender des Ortsverbandes Pieschen und im Stadtvorstand Dresden
- #### Meine Taten:
- Reorganisation des Ortsverbandes Pieschen inklusive regelmäßiger Treffen („Stammtisch“)
 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: verschiedene Artikel in SZ und MOPO zu lokalen Themen (GLOBUS Markt, Elberadweg, Fähre, Sitzbänke, etc.)
 - Organisation der Zusammenarbeit von Rot - Grün - Rot im Ortsbeirat Pieschen
 - Vernetzung mit Stadtteilakteuren wie PRO Pieschen, Pieschen für Alle, Hufewiesen, Zentralwerk u.a.
 - Mitarbeit an der Stadtparteizeitung (Berichte aus dem Ortsbeirat, politische Reiseberichte aus Amerika und Russland)

Meine Ziele:

- Zusammenarbeit des Stadtvorstandes mit Ortsverbänden, Ältestenrat, linksjugend und allen anderen Gruppierungen in unserer Partei
- Austausch zwischen Stadtratsfraktion, Ortsbeiräten und Ortsverbänden: Informationen müssen weitergeleitet werden, lokale Fachkompetenz bei der Erstellung

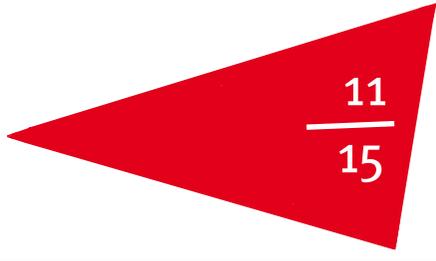


von Anträgen und Anfragen eingebracht werden

- Öffentlichkeitsarbeit durch politische Kampagnen wie zum Erhalt der städtischen Krankenhäuser, eigene Presseerklärungen des Stadtvorstandes, Onlinepräsenz, öffentliche Veranstaltungen und Diskussionen, Vernetzung mit allen demokratischen Akteuren der Stadtgesellschaft

- Neumitgliedergewinnung und (Neu-)Mitgliederbetreuung durch Patenschaften, regelmäßigen Treffen und Einbindung in die Parteiarbeit

- Etablierung einer linken Festkultur mit den Genossen und der linken Öffentlichkeit: zum 1. Mai, Tag der Befreiung und anderen für unserer Selbstverständnis wichtigen Tagen und Orten



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



November 2015

Schollbach: „Wir haben keine Revolution veranstaltet“

Auf ihrer Herbstklausur in Frauenstein (Erzgebirge) wählte die Fraktion DIE LINKE einen neuen Fraktionsvorstand und zog Bilanz über die bisherige Zusammenarbeit mit Grünen, SPD und Piraten. Weiterhin verständigte sie sich auf Ziele für die weitere Arbeit im Stadtrat und befasste sich mit der Entwicklung des Rechtsextremismus in Sachsen. André Schollbach wurde mit 93,75 Prozent erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Max Kretzschmar sprach mit dem 37-jährigen Juristen über die Ergebnisse der Klausur.

Seit reichlich einem Jahr kooperiert DIE LINKE im Dresdner Stadtrat mit Grünen, SPD und Piraten. Welche Bilanz lässt sich aus linker Sicht ziehen?

Wir haben keine Revolution veranstaltet, aber uns ist es gemeinsam gelungen, wichtige Vorhaben auf den Weg zu bringen. Das Sozialticket für Bus und Bahn wurde eingeführt – dafür haben wir jahrelang gegen den Widerstand der CDU gekämpft. Weiterhin wurde eine Mietpreisbremse in Kraft gesetzt und die Grundsatzentscheidung zur Gründung der städtischen Wohnungsgesellschaft ist getroffen. Wir haben es hinbekommen, den städtischen Haushalt sozialer zu gestalten, ohne Schulden zu machen oder die Steuern für die Dresdner Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Wir sind auf einem guten Weg und haben bereits manches geschafft. Aber wir müssen weiter hart arbeiten und noch besser werden, um alle unsere Ziele zu erreichen.

Welchen Schwierigkeiten hatte die Kooperation bislang zu bewältigen?

Bis vor kurzem stand eine CDU-dominierte Beigeordnetenriege an der Spitze der Stadt. Zudem steht die Landesdirektion unter Kontrolle der CDU und es gibt eine Menge schwarzen Filz. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass uns nicht der rote Teppich ausgerollt, sondern vielmehr so manche Hürde errichtet wurde. Die Stadtratsarbeit erfolgt im Ehrenamt. Will man unter diesen Bedingungen Veränderungen erreichen, stellt dies eine enorme Herausforderung für alle Beteiligten dar.

Seit kurzem stellt DIE LINKE mit Kristin Kaufmann und Annkatrin Klepsch zwei Beigeordnete. Wie geht die Fraktion mit dieser neuen Situation um?

Endlich gehört die CDU-dominierte reine Männerriege an der Rathausspitze der Vergangenheit an. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass die Verwaltungsspitze deutlich weiblicher geworden ist.



Rechtsanwalt André Schollbach (37) wurde mit 93,75 Prozent erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt (15 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme und eine Enthaltung). Er steht seit 2007 an der Spitze der Fraktion DIE LINKE. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende bleibt die Dozentin Dr. Margot Gaitzsch (61). Sie wurde mit 87,5 Prozent gewählt (14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, keine Enthaltung). Zu weiteren Mitgliedern des Fraktionsvorstandes wurden Stadträtin Anja Apel (55, Lehrerin), Stadträtin Kerstin Wagner (36, Soziologin) und Stadtrat Tilo Kießling (45, Geschäftsführer) gewählt.

Fotos: DIE LINKE

Bisher wurde die Umsetzung unliebsamer Entscheidungen des Stadtrates schon mal auf die lange Bank geschoben. Dagegen haben wir mit den neuen Beigeordneten jetzt Partner, die gemeinsam mit uns an einem Strang ziehen.

Wie ist der Stand der Verhandlungen zur Fortsetzung der Kooperation zwischen LINKEN, Grünen, SPD und Piraten?

Wir haben mehrere Verhandlungsgruppen gebildet, die derzeit gemeinsame Ziele für die kommenden Jahre entwickeln. Die Fraktionsvorsitzenden und die Vorsitzenden der Stadtverbände kommen

regelmäßig zusammen und verständigen sich dazu. Die Verhandlungen sollen bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Was sind wesentliche Vorhaben der LINKEN?

Uns sind insbesondere der Beginn des kommunalen Wohnungsbaus im kommenden Jahr, die dauerhafte finanzielle Absicherung des Sozialtickets, eine zügige Entscheidung zur Sanierung der Königsbrücker Straße, die Verbesserung des Radwegenetzes sowie die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit wichtig.

Dresden sucht händeringend bezahlbaren Wohnraum. Nun soll es eine neue kommunale Wohnungsbaugesellschaft geben. Ein Projekt mit landesweitem Vorbildcharakter?

Vor allem in den Großstädten haben die Menschen mit deutlich steigenden Mieten zu kämpfen. Bereits jetzt stellen sich einige die Frage, ob sie sich ihre Wohnung in einigen Jahren noch leisten können. Das ist ein großes Problem. Deshalb muss etwas für bezahlbares Wohnen getan werden. Dresden und Leipzig dürfen kein Eldorado für Immobilienhaie und Spekulanten werden. Eine wichtige Maßnahme zur Dämpfung der Mietentwicklung ist der kommunale Wohnungsbau. Die jahrelange einseitige Wohnungsabrisspolitik der CDU-geführten Landesregierung war hingegen völlig verfehlt. Dieses Förderprogramm hat Millionen verschlungen und steigende Mietpreise begünstigt.

Im Landtag regiert eine schwarz-rote Mehrheit und DIE LINKE ist in der Opposition. Im Stadtrat dagegen gibt es ein rot-rot-grün-oranges Bündnis. Ein Widerspruch oder eine Perspektive auch für das Land?

Die fortschrittliche Mehrheit im Stadtrat der Landeshauptstadt ist auch ein Signal für das Land. Eine Änderung der politischen Verhältnisse in Sachsen tut dringend not. Die CDU ist inzwischen satt geworden. Diese Selbstgefälligkeit, die ewige Hegemonie und der damit verbundene konservative Mief sind unerträglich. Seit Jahren mangelt es in Sachsen an Pluralismus und gesellschaftlichem Diskurs, die politische Kultur jammert den Hund samt Hütte. Zu offiziellen Anlässen sieht die Rednerliste stets gleich aus: CDU, CDU, CDU. Die klopfen sich dann immer gegenseitig auf die Schulter und erzählen, was für tolle Hirsche sie sind. Dieser Umgang mit der Macht trägt nicht unwesentlich dazu bei, dass es in Sachsen leider eine Menge Menschen gibt, die mit demokratischen Spielregeln nicht mehr viel anfangen können.

Straßenkunst ist das Salz in der Suppe in einer Groß- und Kulturstadt

von Jacqueline Muth

Straßenmusiker_innen findet man in Dresden zumeist in der historischen Innenstadt. Auf dem Neumarkt und am Fürstenzug, auf dem Altmarkt und in der Prager Straße oder auf der Brühlischen Terasse flanieren sie die Touristenströme. Wenn ein paar Euro in der Hutkassette oder im Gitarrenkasten landen, so sind das die Einnahmen eines Künstlers, der mit seinem Gewerbe dorthin geht wo das Publikum ist. Manchmal reichen die Spenden einen Tages für eine dünne Suppe zum Mittag, manchmal für die Zugfahrkarte in die nächste Stadt oder für eine kleine Reparatur am Instrument.

Was häufig für Außenstehende nicht sichtbar ist, das ist der harte Kampf der Straßenkünstler untereinander. Der richtige Ort für die Darbietung entscheidet über die Spendefreudigkeit der Passanten, ebenso wie über die Qualität der Darbietung. Da heißt es: Früh aufstehen und sich auch mal durchsetzen können. Geduld muss man mitbringen und dabei immer schön freundlich bleiben. Denn ein grießgrämiges Gesicht verschreckt bekanntlich die Kundschaft.

Nun kann man über Geschmack streiten. Nicht jeden freut die Klangkulisse und nicht jede Darbietung ist schön. Besonders von ansässigen Gewerbetreibenden hagelte es zunehmend Beschwerden. Sie befürchten, der unerwünschte Klang verschleuche wiederum deren Kundschaft, die z.B. in den Cafés am Neumarkt rasten, um sich von den Mühen von Sightseeing und Einkaufsbummel zu erholen.

Hier gilt es, zwischen den unterschiedlichen Standpunkten zu vermitteln.



Grundsätzlich gehört der öffentliche Raum allen. Wer ihn über den sog. „Gemeingebrauch“ hinaus nutzen möchte, braucht eine Genehmigung nach der „Satzung der Landeshauptstadt Dresden über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen der öffentlichen Straßen in Dresden (Sondernutzungssatzung)“. Dieser Satzung unterliegt auch die Ausübung von Straßenkunst und Straßenmusik.

Obwohl hier klar geregelt ist, wie die unterschiedlichen Nutzungen und Ruhebedürfnisse miteinander zu vereinbaren sind, scheint das einigen nicht weit genug zu gehen.

Zunehmend wird eine stärkere Regulierung und Beauftragung der Straßenkunst gefordert. Weniger Standorte, mehr Formulare, mehr Kontrollen, weniger „Lärm“ - dies nicht nur in Dresden, sondern auch in Prag, Paris und weiteren Städten.

Ein Runder Tisch im Kulturrat Anfang 2015, an dem Betroffene beider Seiten,

Verwaltungsmitarbeiter_innen sowie Stadträt_innen verschiedener Fraktionen teilnahmen, hat effektiv den Konflikt nicht beilegen können. Zwar konnten mit einer geringfügigen Änderung in der Sondernutzungssatzung die Auflagen für das Musizieren in den Straßen konkreter gefasst werden, gleichzeitig wurde die Umsetzbarkeit für die Akteure verbessert, die Bürokratie abgebaut. Eine wesentlich rigidere Verordnung (gültig Mitte 2014 bis Mitte 2015) der Verwaltung konnte damit abgelöst werden.

Dennoch muss nun – am Saisonende für 2015 – festgestellt werden, dass es laut Tiefbauamt weiterhin Beschwerden in Größenordnungen hagelt. Vereinzelt kam es sogar zu handgreiflichen Übergriffen auf Musizierende durch genervte Gewerbetreibende.

Hier muss eine Lösung gefunden werden, die Entspannung in die Konflikte bringt und gleichzeitig die Ansprüche an die Nutzung des öffentlichen Raums gleichberechtigt berücksichtigt.

Was in meinen Augen der völlig falsche Weg wäre, ist ein fast flächendeckendes Verbot von Straßenkunst in der Innenstadt Dresdens. Das steht einer Stadt nicht an, die sich immerhin um den Titel „Kulturhauptstadt 2025“ bewerben möchte.

Musik ist wie das Salz in der Suppe: wenn sie fehlt, wird das Leben fad. Wem die Suppe versalzen erscheint, der mag sich beim Koch beschweren. Besser wäre allerdings: sich an der Zubereitung der Suppe zu beteiligen, anstatt hinein zu spucken.

Wer sich am Gespräch zur Straßenkunst in Dresden beteiligen möchte oder sachdienliche Hinweise hat, der oder die wende sich bitte an die Stadträte Norbert Engemaier (norbert.engemaier@piraten-dresden.de) oder Jacqueline Muth (muth@dielinke-dresden.de).

Eine Petition im Ortsbeirat Plauen

“Es tropft, es rostet, es schimmelt, es stinkt ...”

von Waldemar Peine

“Es tropft, es rostet, es schimmelt, es stinkt ...” so sieht und riecht die Schülerschaft der BSZ für Dienstleistung und Gestaltung den Sanitärbereich ihrer Sporthalle und reichte eine Petition ein, die dem Petitionsausschuss des Stadtrates zuging. So schlimm ist es nicht, schätzt das Schulverwaltungsamt ein, spricht zwar von einem Sanierungsstau, hält aber die Funktionsfähigkeit für gegeben und Reparaturen bei auftretenden Ausfällen für ausreichend. Dies und noch mehr ist in einer Vorlage zu lesen, die nach dem Tippeltappel der vorgegebenen Beratungsfolge im Stadtrat zur Entscheidung landen wird. Die angestrebte grundsätzliche Erneuerung wird ohne Bedenken abgelehnt, “mangels planerischer Vorbereitung, einer aussagekräftigen Kostenkalkulation und mangels finanzieller Mittel im Budget des Schulverwaltungsamtes in den Jahren 2015/2016”. Am 15. September 2015 beriet der Ausschuss für Bildung und winkt die Vorlage einstimmig durch. An der “Beratungsfolge”, die den Ortsbeirat als nächstes Gremium festlegt, hielt sich der Ausschuss für Bildung allerdings da-



mit nicht. Die Kolleginnen und Kollegen verzichteten auf unser Votum, verzichteten damit auch auf das mögliche Maß an Bürgernähe, welche in den öffentlichen Sitzungen des Ortsbeirates gegeben ist und um voraus zu greifen auch in der Sitzung am 06. Oktober durch Anwesenheit und Redebeitrag wahrgenommen wird. Obwohl fast schon abgeschlagen im Rennen machte es sich der Ortsbeirat nicht so einfach. Auf Initiative eines Ortsbeirates trifft man sich vor der

Sitzung in der Sporthalle. Uns ging es bei der Beurteilung des Zustandes von Toiletten, Duschen und Waschbecken und im Gespräch mit der Sportlehrerin um das Anliegen der Schülerinnen und Schüler, die sich vertrauensvoll mit einer Petition an den Stadtrat wenden. Gegen Schulverwaltungsamt und voreilig gefasster Stellungnahme des Bildungsausschusses kann ein Ortsbeirat nicht ankommen. Unseren Möglichkeiten entsprechend es, nur den Beschlussvorschlag

mit der Empfehlung zu ergänzen, eine Aufnahme der grundsätzlichen Erneuerung der Sanitäreinrichtungen der genannten Sporthalle bevorzugt in die Planung des Jahres 2017 zu prüfen. Dies geschah bei einer Gegenstimme. Einstimmig verabschiedeten wir ein Schreiben an den Oberbürgermeister, in welchem wir unseren Unwillen über die Nichteinhaltung der Beratungsfolge mitteilten. Finanzielle und organisatorische Zwänge kann man nicht wegreden. Aber verständnisvoll auf das Anliegen junger Menschen zu reagieren, dazu sollten wir schon in der Lage sein. Vertrauen in die parlamentarische Demokratie gewinnt die Jugend in solcher Art Alltagsgeschehen oder sie gewinnt es nicht.

Sanierungsstau ist wohl ein technischer Zustand. Den Stau, den Schülerinnen und Schüler vor Toiletten nach dem Sportunterricht durchstehen müssen, wäre den Herren des Schulverwaltungsamtes auch einmal zu gönnen.

Waldemar Peine ist Ortsbeirat in Dresden-Plauen

Wie Integration gelingt

von Cornelia Eichner

Eine gewisse Ratlosigkeit ist derzeit bei vielen Menschen im Gesicht zu lesen, wenn man ihnen in Dresden begegnet. Furcht und Ablehnung sind manchmal darunter gemischt, je nach Veranlagung. Jemand fragte kürzlich: "Wie soll denn die Integration der Geflüchteten gelingen, wenn viele hier Geborene nicht einmal wirklich integriert sind?"

Es gibt sie, die aus der Erfahrung gezeugten und zum Teil wissenschaftlich bestätigten Modelle zur Integration fremder Menschen, auch vieler fremder Menschen. Aber viel ist natürlich relativ, es wurden in unserer Geschichte schon größere Flüchtlingszahlen erfolgreich bewältigt, wieviele Menschen die aktuelle Weltlage nun in unser Land spült, wissen wir nicht. Grundlegend ist aber immer: Diese Menschen sind nicht wirklich freiwillig hier, viel lieber wären sie in ihrer Heimat - und Hand auf's Herz - uns würde es nicht anders gehen. Aber wie kann Integration ganz praktisch gehen? Sicher ist an erster Stelle die Politik gefragt, die groben Lösungen müssen dort gefunden werden. Aber das reicht nicht, jeder und jede hier wird gebraucht, die Gemeinschaft ist gefragt.

Zoi Athanassiadou hat sich in ihrem Buch "Bedingungen gelungener Integration" mit den Faktoren befasst, die in der Vergangenheit eine positive Integration von Menschen in eine Gesellschaft unterstützten. Integration erfolgt demnach in vier Dimensionen: Kulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation. Kulturation meint dabei die kognitiven Fähigkeiten eines Menschen, sich in eine Gesellschaft einzugliedern - insbesondere gehören hier die Sprache und das Verstehen von Regeln



Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

dazu, aber auch die Bereitschaft, in der neuen Heimat anzukommen. Es reicht jedoch nicht, wenn Migranten und Migrantinnen die Fähigkeit haben, sich zu integrieren - sondern sie müssen auch Möglichkeit haben, buchstäblich Platz haben in einer Gesellschaft - Wohnung, Arbeit, Begegnungsmöglichkeiten; bestehende Systeme Einheimischer müssen sich öffnen, um Kommunikation und Interaktion möglich zu machen. Identifikation schließlich wird möglich, wenn Menschen sich näher kommen, wenn Lebensweisen verstehbar und nachvollziehbar werden, Normen und Regeln auf das eigene Leben anwendbar.

Zoi Athanassiadou schreibt auch, wie das konkret geschehen kann. Sie benennt dafür sechs Bedingungen, die erfüllt werden sollten: Tragfähige Familienbindungen sind wichtig, aber auch außerfamiliale Interaktionsbeziehungen: Freund*innen, Kolleg*innen,

Nachbar*innen, Menschen, mit denen man gemeinsam Alltag und Freizeit gestalten kann. Dresdner und Dresdnerinnen bieten mit unermüdlichem Engagement Begegnungscafés, gemeinsame Koch-Events, interkulturelle Freizeitaktivitäten, Patenschaften an, um da beste Bedingungen zu schaffen, damit es gelingt - auch wenn sehr oft die Familien der Geflüchteten auseinandergebrochen sind. Natürlich geht nichts ohne das Erlernen der deutschen Sprache - auch hier zeigt sich, dass nicht nur die Geflüchteten selbst enorm aktiv sind, um selbstständig die fremde Sprache zu erlernen, sondern auch in ehrenamtlichen Initiativen wie z.B. an den ABC-Tables des Umweltzentrums Dresdner Bürger*innen enormes leisten, um ein Ankommen zu erleichtern. Schon aus dem Bereich der Resilienzforschung bekannt ist die Notwendigkeit der Entwicklung eigener Ziele, wenn Leben gelingen soll - wer Ziele hat, resigniert nicht so leicht, son-

dern erfährt das eigene Leben sinnhaft. Wie können wir Migrant*innen helfen, Ziele zu finden? Fragen wir sie - nach ihren Träumen, nach ihren Ressourcen. Alle Geflüchteten, die ich bisher sprach, wollen unserer Gesellschaft etwas zurück geben, wollen gebraucht werden (Wie) Nehmen wir dieses Geschenk an? Als eine weitere Bedingung für gelungene Integration hat sich Charakterstärke des/der jeweiligen Migrant*in herausgestellt. Zu sagen: Hat man oder hat man nicht - reicht nicht, jedoch ist es zugegebenermaßen schwieriger, darauf Einfluss zu nehmen. Was wir können: Den Menschen, die hier ankommen, etwas zutrauen, sie als das annehmen, was sie sind: Menschen mit eigener Vergangenheit, mit Hoffnungen, mit Ausbildungen, mit fluchtbedingten Kompetenzen usw. Als letzte Bedingung schließlich führt Athanassiadou den Wohlfühlfaktor an - seien wir ehrlich: Da, wo wir uns wohlfühlen, wollen wir uns integrieren - da wo wir uns nicht wohlfühlen, wollen wir das gewiss nicht. Was braucht es dazu? Nicht viel: Sicherheit, Menschen, denen man vertraut, Nähe, Anerkennung und erfüllte Grundbedürfnisse.

Sicher ist die Aufgabe nicht klein, die wir zu bewältigen haben. Sicher ist bisher Integration nicht immer gelungen. Aber wir sind lernfähig. Und es ist eben, wie es ist, also machen wir doch einfach das Beste draus - das Buch Athanassiadou kann eine gute Anregung dazu sein.

(Zoi Athanassiadou: *Bedingungen gelungener Integration*, Bochum/Freiburg 2014)

Rot-Grün-Rot: „Einmischen erwünscht!“

von Jacqueline Muth

Am 6. November fand eine Informationsveranstaltung zur geplanten Beteiligungssatzung in Dresden statt unter dem Titel „Einmischen erwünscht!“.

Die Parteien DIE LINKE, Bündnis 90/ Die Grünen, SPD und Piratenpartei machte sich die Stärkung der Bürgerbeteiligung zum Kooperationsziel. Seit dem entsprechenden Ratsbeschluss im September 2014 arbeitet eine interfraktionelle Gruppe an der Ausarbeitung einer Beteiligungssatzung als Grundlage für unterschiedliche Beteiligungsinstrumente, die es Einwohner_innen, Stadtverwaltung und Stadtrat ermöglichen sollen, enger und konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Moderiert wurde der Abend von Christian Avenarius (SPD), Kerstin Harzenberg (Grüne) stellte den momentanen Arbeitsstand der Gruppe vor, Thomas Grundmann (Die Linke) formulierte das Teilziel der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen und Norbert Engemaier (Pirat, Fraktion Die Linke) informierte über Möglichkeiten von geplanten Online-Beteiligungsformaten.



v.l.n.r.: Kerstin Harzendorf, Joachim Hahn, Thomas Grundmann, Christian Avenarius und Norbert Engemaier
Foto: Max Kretzschmar

Abgerundet wurde das Podium durch den Gast-Referenten Joachim Hahn, Leiter des Stadtplanungsamtes Heidelberg.

Er stellte das Beteiligungskonzept vor, dass seit 2012 in Heidelberg praktiziert wird und seither bundesweit als erfolgreiches Beispiel zitiert wird.

Wesentlich ist hier die frühzeitige Beteiligung sowie Beteiligung in allen

Phasen der Planung, dies ermöglicht die ständige Korrektur der Ergebnisse. So durchlaufen Planungen - meist handelt es sich um Bauvorhaben - in mehreren Etappen die drei Instanzen Bürgerschaft-Rat-Verwaltung, die gemeinsam den sogenannten „Trialog“ bilden. Von der Idee bis zum fertigen Entwurf werfen sich diese in strukturierten Abläufen den Ball immer wieder zu. Am Schluss steht das Ergebnis. Die Erfahrung zeigt

hier, dass die Planungsprozesse ganz entgegen der Behauptungen nicht länger dauern. Dafür ist eine deutlich bessere Akzeptanz für Vorhaben der Stadt und des Rates innerhalb der Einwohnerschaft zu vermerken. Eine Koordinierungsstelle berät die Akteure bei der Umsetzung der Planungs-Trialoge und wertet die Ergebnisse der Umsetzung aus.

Derzeit wird darüber nachgedacht, auch für die Umsetzung privatwirtschaftlicher Bauprojekte die Bürgerbeteiligung anzuwenden. Die Kosten für das Verfahren trägt hier der Projektentwickler.

Hr.Hahn räumt ein, dass es eine Zeit und einiges Experimentieren mit unterschiedlichen Methoden benötigt, um nun ein funktionierendes Instrument zur erfolgreichen Kooperation in der Stadtgesellschaft zu verankern. Dafür benötigt jede Kommune ihre eigenen Versuche, denn nicht alles funktioniert überall gleich. Auch ist es eine Grundvoraussetzung, Planungsabläufe als offene Prozesse zu begreifen. So weiß niemand zu Beginn, wohin die Reise geht. Sicher ist jedoch: Lösungen werden gemeinsam gefunden, nicht gegeneinander.

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

In Dresden sind die Übernachtungen von Touristen in den ersten acht Monaten dieses Jahres um ca. 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Johannes Lohmeyer, ehemaliger FDP-Chef von Dresden, gescheiterter Stadtratskandidat und derzeitiger Chef des Tourismusverbandes hatte sofort die Ursachen und die Schuldigen gefunden: Zuwenig Geld fürs Stadtmarketing, keine verkaufsoffenen Sonntage mehr, die neue Übernachtungssteuer und natürlich der Mindestlohn.

„Ich kann bei der derzeitigen Stadtratsmehrheit nicht einen Hauch von Einsicht feststellen“, so Lohmeyer.

Wieso Rot-Rot-Grün-Orange, seit 18 Monaten in der Stadtratsmehrheit, aber erst seit September an der Stadtspitze beteiligt, etwas für „das seit Jahren chronisch unterfinanzierte Stadtmarketing“ kann, für welches sein Parteifreund, der langjährige Wirtschafts- und jetzige Oberbürgermeister Hilbert zuständig war, sagte er nicht. Immerhin ist der Dresdner Tourismus trotz der vermeintlich chronischen Unterfinanzierung über viele Jahre kräftig gewachsen.

Die verkaufsfreien Adventsontage 2015 hingegen, den Angriff auf das christliche Abendland schlechthin, hat tatsächlich die Stadtratsmehrheit zu verantworten. Warum aber sonntags geschlossene Ladentüren in der bevorstehenden Weihnachtszeit schon zwischen Januar und August 2015 die Touristen vertreiben, dafür wird eine plausible Antwort noch gesucht.

Auch die sogenannte Bettensteuer ist gewiss eine rot-rot-grüne Barbarei, nur dass die Übernachtungszahlen VOR der Einführung am 01.07. um mehr als drei Prozent zurückgingen, während sie NACH der Einführung mit minus 0,5 % gegenüber dem Vorjahr fast gleich blieben, gilt als noch zu lösendes statistisches Problem.

Bleibe noch der furchtbare Mindestlohn, der alles ruiniert. Seltsam freilich, dass der in den anderen deutschen Großstädten mit überwiegend steigenden Touristenzahlen ganz genau so gilt.

Ach ja..... war da nicht noch etwas, was am Image einer weltoffenen und gastfreundlichen Stadt kratzt?

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Der Mietspiegel als Mieterhöhungsspiegel

von Tilo Wirtz

Der Stadtrat hat in seiner Oktoberversammlung die Mietspiegelsatzung neu beschlossen. Dieses Instrument dient der Erhebung der Datengrundlage für die Feststellung der „ortsüblichen Vergleichsmiete“. In den letzten Jahren wurde der Mietspiegel in Dresden alle zwei bis drei Jahre ermittelt. Liegt die Miete einer Wohnung unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete, kann der Vermieter vom Mieter die Zustimmung zu einer Mieterhöhung verlangen. Der Mieter kann nun entweder zustimmen und die höhere Miete zahlen oder das Mietverhältnis beenden und ausziehen oder auch seine Zustimmung verweigern und das Mietverhältnis fortsetzen. Im letzten Fall kann der Vermieter allerdings die Zustimmung zu einer berechtigten Mieterhöhung vor Gericht einklagen. Rechtsgrundlage ist das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), § 558 – Mieterhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete. Diese schon sehr vereinfachte Zusammenfassung klingt kompliziert – und das ist es in der Praxis auch.

Der Vollständigkeit halber sei noch hinzugefügt, dass die Erhöhung der Miete auf 20 Prozent in drei Jahren per gesetzlicher Kappungsgrenze oder auf 15 Prozent bei Geltung einer „Mietpreisbremse“ begrenzt ist.

Qualifizierter Mietspiegel

Dresden verfügt über einen qualifizierten Mietspiegel. Qualifiziert bedeutet, dass der Mietspiegel nach anerkannten wissenschaftlichen Grundsätzen, unter anderem auf Grundlage einer repräsentativen Datenbasis erhoben wurde, von der Gemeinde und den Interessenvertretern von Vermietern und Mietern anerkannt ist und die aktuelle Marktlage widerspiegelt.

Wie die Bezeichnung des Paragraphen im Bürgerlichen Gesetzbuch „Mieterhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete“ schon sagt, dient das ganze zur Durchsetzung von Mieterhöhungen. Denn würde bei entsprechender Marktlage die ortsübliche Vergleichsmiete sinken, besteht für den Mieter nicht das gleiche formale Recht, seinerseits eine Mietsenkung zu verlangen und die Zustimmung des Vermieters dazu einzuklagen. Hier bliebe nur die Kündigung und Inkaufnahme eines teuren Umzuges nach Anmietung einer anderen preiswerteren Wohnung, was eine erhebliche Schwelle darstellt.

Auch mit der wissenschaftlichen Grundlage ist das so eine Sache. Klar, dass die Datengrundlage repräsentativ sein muss. Ob allerdings die Mietveränderungen der letzten vier Jahre maßgebend sind und nicht die der letzten drei, fünf oder sieben scheint doch eher das Ergebnis politischen Ermessens zu sein.

Einteilung der Wohnungen nach Ausstattungsklasse und Wohnwertmerkmalen

Die Einteilung der Wohnungen in den Mietspiegel erfolgt nach den Vergleichskriterien Größe, Baualter, Wohnlage und Ausstattungsklasse. Mit diesen Angaben ergibt sich als Kaltmiete eine Spanne (von - bis) mit einem Mittelwert. In der Mietpreisspanne wird die Wohnung nach wohnwertmindernden und wohnwerterhöhenden Merkmalen eingeordnet. Die Ausstattungsklasse sowie wohnwerterhöhende und wohnwertsenkende Merkmale sind Gegenstand von heftigen Interpretationen und gerichtlichen Auseinandersetzungen.



Foto: S. Hofschläger / pixelio.de

Beispielsweise kann ein Abstellraum direkt an der Wohnung durchaus ein wohnwerterhöhendes Merkmal sein, dies gilt aber nicht, wenn die Fläche bereits als Wohnfläche bezahlt wird.

Verfahren benachteiligt Mieter

In der praktischen Umsetzung sind Benachteiligungen der Mieterseite erkennbar. Der Vermieter kann zunächst mal völlig risikolos ein mehr oder weniger fundiertes Mieterhöhungsverlangen auf den Tisch legen. Dem Mieter obliegt es nun, die Berechtigung des selben zutreffend zu prüfen. Anschließend hat es der Vermieter in der Hand, sich entweder mit der Antwort des Mieters zufrieden zu geben oder aber vor Gericht zu ziehen. Das Gericht wird nun an Hand des Mietspiegels die ortsübliche Vergleichsmiete ermitteln und per Urteil verkünden. Ist die Mieterhöhung ganz oder teilweise begründet, hat der Mieter die Prozesskosten entsprechend ganz oder teilweise zu tragen und auch rückwirkend die höhere Miete zu zahlen. Während also der Vermieter erst einmal ins Blaue hinein versuchen kann, vom Mieter die Zustimmung zu einer ungerechtfertigten Mieterhöhung zu bekommen, darf sich der Mieter bei seiner Antwort nicht irren, wenn er sein Prozessrisiko minimieren möchte, wobei über die Einschaltung des Gerichtes der Vermieter entscheidet.

Darüber hinaus muss der Mieter die Prozesskosten von seinem versteuerten Einkommen bezahlen (sofern er keine Rechtsschutzversicherung hat oder Anspruch auf Prozesskostenbeihilfe hat), während der Mieter dies als Betriebsausgabe von der Steuer absetzen kann (sofern Gewinne zu versteuern sind).

Nachrechnen lohnt sich

Sprich, ein Schreiben mit einem Mieterhöhungsverlangen nach § 558 auf Grundlage des qualifizierten Mietspiegels zerrt beim Mieter an den Nerven. Da der Durchschnittsmieter das Prozessrisiko eher scheuen dürfte und sich nicht alle anwaltlich oder vom Mieterverein beraten lassen, besteht in der Tendenz auch immer das Risiko, dass die realisierten Mieterhöhungen ungerechtfertigt hoch ausfallen und ihrerseits beim nächsten Mietspiegel die Preise treiben. Da aber die Kosten für Wohnung den größten Ausgabenposten im Budget eines Privathaushaltes ausmachen, sind Mieterhöhungen immer ein schmerzhafter Einschnitt ins Budget. Denn bei 500 Euro monatlicher Kaltmiete fehlen bei einer Mieterhöhung von zwanzig Prozent schlagartig 1.200 Euro jährlich, das kann die Reserven aufbrauchen. Das Beispiel zeigt auch, dass es sich lohnt, hier genau hinzuschauen und sich die Annahme oder Abwehr einer ungerechtfertigten Mieterhöhung auf Jahre hinaus aufsummiert.

Bei allen Problemen ist ein qualifizierter Mietspiegel auf kommunaler Ebene immer noch das beste Instrument, um Mieterhöhungen wenigstens zu dämpfen. Allerdings werden bei Wohnungsknappheit „Mondmieten“ aus einem Nachfrageüberhang zeitversetzt an bestehende Mietverhältnisse weitergegeben.

tilo.wirtz@dielinke-dresden.de

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Jacqueline Muth, Cornelia Eichner, Tilo Wirtz, Waldemar Peine, Max Kretzschmar
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 28.10.2015
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog

Der 09. November

von Evangelos Parastatidis

Der 9. November stellt ein historisches Datum, besonders im Kontext der deutschen, aber auch der linken Geschichte dar. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Jahre 1918, 1923, 1925, 1936, 1938 und 1989.

So fallen auf den 9. November 1918 gleich zwei Ereignisse, welche für die deutsche Geschichte, aber auch für die Geschichte der linken Bewegung von Bedeutung sind und beide stehen im Zusammenhang mit der Novemberrevolution.

So wurde die Zeitung „Die Rote Fahne“ als Organ des Spartakusbundes von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin gegründet. Am 9. November 1918 erfolgte ebenfalls die Verkündung der Abdankung von Kaiser Wilhelm II. durch Reichskanzler Max von Baden, welcher die Amtsgeschäfte an Friedrich Ebert (SPD) übergab. Noch am selben Tag gegen 14 Uhr rief Philipp Scheidemann, ebenfalls SPD, vom Reichstagsgebäude aus die „deutsche Republik“ aus. Ca. zwei Stunden später verkündete der Spartakist Karl Liebknecht vom Berliner Stadtschloss aus die „deutsche Räterepublik“.

Am 8. November 1923 begann der Hitler-Ludendorff-Putsch in München, welcher bereits am 9. November von der Bayerischen Landespolizei vor der Feldherrnhalle in München blutig niedergeschlagen wurde, nachdem der Bayerische Ministerpräsident Gustav Ritter von Kahr über den Rundfunk seine Unterstützung für den Putsch zurückgenommen und die Auflösung der NSDAP erklärt hatte. Nachdem Adolf Hitler aufgrund der Durchführung des Hitler-Ludendorff-Putschs wegen Hochverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt

wurde, mit der Möglichkeit der vorzeitigen Entlassung nach bereits sechs Monaten, und nach neun Monaten Ende 1924 „wegen guter Führung“ vorzeitig unter Auflagen aus der Haft entlassen wurde, ordnete er am 9. November 1925 die Gründung der Schutzstaffel (SS) an.

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1936 entfernen die Nationalsozialisten das Denkmal des Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy vor dem Leipziger Gewandhaus. Daraufhin erklärte der Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler, der sich zu diesem Zeitpunkt auf einer Auslandsreise befand, unter Protest seinen Rücktritt.

Ein weiterer Tiefpunkt in der deutschen Geschichte ist die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, in welcher die sogenannte Reichspogromnacht stattfand. An diesem Tag kam es im gesamten Deutschen Reich zu organisierten Übergriffen gegen Jüd_innen sowie gegen jüdische Einrichtungen, bei denen unter anderem Synagogen in Brand gesetzt wurden. Die Polizei und Feuerwehr hatten die Anweisung nur nichtjüdisches Eigentum zu schützen.

In der jüngeren deutschen Geschichte ist der 9. November 1989 von großer Bedeutung, da an diesem Tag völlig un geplant und überraschend die Berliner

Mauer fiel. Der Fall der Berliner Mauer war das Ergebnis einer im DDR-Fernsehen übertragenen Pressekonferenz, auf welcher das SED-Politbüromitglied Schabowski die Gewährung von Reisefreiheit bekanntgegeben hatte und nachdem er die Nachfrage nach dem Beginn dieser Regelung um 18:57 Uhr mit den Worten „Das tritt nach meiner Kenntnis... ist das sofort, unverzüglich“ beantwortet hatte. In Folge dessen strömen Tausende zu den Grenzübergangsstellen. Damit öffneten sich für die DDR-Bürger, beginnend mit dem Übergang Bornholmer Straße, die Berliner Mauer und die anderen innerdeutschen Grenzen.



Fotos: Linksjugend ['solid] Dresden

Gegen das Vergessen. Auch die Jugend kann Sitzung

von Max Schoene

Am 25.10.2015 trafen wir, die „Linksjugend ['solid] Dresden“, uns zu unserem jährlichen Stadtjugendplenum. Gut geht es (fast) immer, ging es um 14:00 in der „Wir-AG“ los. Zu Beginn wurde ein Grußwort von Anja Eichhorn, der gleichstellungspolitischen Sprecherin im Landesvorstand der LINKEN. Sachsen ausgesprochen, bei welchem sie sich kurz vorstellte und uns Einblick in ihre Arbeit gewährte. Anschließend sprachen wir ein Votum für einen jungen Menschen aus, von dem wir als Jugendverband möchten, dass er auf dem Stadtparteitag am 21.11 als jugendpolitischer Sprecher in den Stadtvorstand gewählt wird. Desweiteren wählten wir einen neuen Koordinierungskreis inklusive einem neuen Schatzmeister, welche auch zukünftig die Arbeitsfähigkeit unseres Jugendverbandes gewährleisten sollen. Viel Zeit nahmen in der Folge konstruktive Debatten um eine Vielzahl von Satzungs- und Finanzordnungsänderungsanträgen ein. Am Ende wurden auch einige



Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG
E-Mail: info@linksjugend-dresden.de
Im Netz: www.linksjugend-dresden.de

Sachanträge, häufig unter kontroversen Debatten abgestimmt. Wir möchten an dieser Stelle noch einmal allen Teilnehmer_innen dafür danken, dass trotz der langen Plenumszeit von ungefähr sechs Stunden, (fast) durchgängig eine konstruktive Arbeitsatmosphäre herrschte.



von Florian Paulig

Überall in der Stadt sind sie verteilt – die Stolpersteine. Manche beachten sie und halten beim Vorbeigehen einen Moment inne, andere nicht. Oftmals sind sie schwer zu entdecken, weil sie von einer dicken Dreckschicht überzogen sind. Deshalb wird bundesweit der Jahrestag der Reichspogromnacht als Anlass genommen, die Stolpersteine zu reinigen. So haben auch wir als AG Shalom der Linksjugend Dresden zusammen mit

unserer Stadträtin Margot Gaitzsch und der AG Antifa am 9. November acht Stolpersteine, der Familien Liebermann und Silbermann geputzt. In Gedenken an die ermordeten Jüdinnen und Juden haben wir an jedem Stolperstein Blumen niedergelegt und eine Kerze entzündet. Dazu verlasen wir Auszüge aus den Biografien der Menschen, an die die Stolpersteine erinnern. Ihre Namen sollen nie vergessen werden.



NOVEMBER

17 Ein paar Tropfen Solidarität – Blutspendeaktion in der WIR AG

13.00 Uhr bis 18.00 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

19 Stadtratssitzung

16 Uhr | Kulturrathaus | Königstraße 15

20 Lesbenvernetzung in „queeren Zeiten“ - Wo sind die Lesben?

Mit Ilona Bubeck (Querverlag), Claudia Koltzenburg (lesbische Aktivistin) und Maria Bühner (Leipzig, Kulturwissenschaftlerin). Moderation: Cordula Karich (Gründungsmittfrau FrauenLebenVielfalt e.V.). Eine Veranstaltung von FrauenLebenVielfalt e. V. in Kooperation mit Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und dem StuRa der TU Dresden
19 Uhr | TU Dresden | Hörsaalzentrum, HSZ E01/U | Bergstr. 6, 01067 Dresden

21 Wohnungspolitische Konferenz: Die neue soziale Dimension des Wohnens

Eine Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
10-16 Uhr | Gewerkschaftshaus | Schützenplatz 14

Stadtparteitag DIE LINKE. Dresden

10 Uhr | Kulturrathaus | Königstraße 16

23 Bürgersprechstunde der OBR Blasewitz und Beratung des Ortsvorstands mit den BO-Vorsitzenden

18 Uhr | Bürgertreff „Marie“
Breitenauer Str. 17

24 IDS-Versammlung

Vorbereitung des Stadtparteitages
19 Uhr | Restaurant „Alexandros“ | Großenhainer Straße

REIHE: Junge Rosa Bullenwagen klauen und Adorno zitieren - Die Linke zwischen Theorie und Praxis

Diskussion mit Boris Krumnow, politischer Bildner
18 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

Von Macht und Machenschaften der geheimen Dienste und der Rüstungslobbyisten Mr. und Mrs. Aufklärung sprechen darüber

Mit MdB Martina Renner (Mitglied des NSA-Untersuchungsausschusses), MdB Jan van Aken (ehemaliger UN-Waffeninspekteur) und MdB Katja Kipping (Moderation). Eine gemeinsame Veranstaltung des Abgeordnetenbüro der MdB Katja Kipping und der RLS Sachsen
19 Uhr | Wir AG | Martin-Luther-Straße 21

26 Stammtisch OV Pieschen

19 Uhr | „Zeitgeist“ | HdB, Großenhainer Str

Ortsvorstand Prohlis

18 Uhr | Querformat | Herzberger Straße 6

28 Refugees welcome – Flüchtlinge willkommen Aktiven- und Helferkonferenz für ein offenes, hilfsberechtigtes Land

11 – 18.30 Uhr | Deutscher Bundestag | Paul-Löbe-Haus | Eingang West

Bibliothek der RLS in der WIR-AG

Martin-Luther-Str. 21
Öffnungszeiten:
Di + Mi:
10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr
Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr
Neu in der Bibliothek:
Matthias Birkwald/Bernd Riexinger:
Solidarische Mindestrente statt Altersarmut. Das Rentenkonzept der Partei und der Bundestagsfraktion DIE LINKE.
In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/2015

Ständige Termine in der WIR AG, Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

DEZEMBER

02 Stimmungsmache, Hetze, Drohung – Wie Rechte soziale Medien nutzen, um die Gesellschaft zu verändern

Mit Simone Rafael (Amadeu Antonio Stiftung), Martin Fuchs (Politikberater und Blogger), Eric Hattke (Netzwerk „Dresden für Alle“), Gunter Neumann (MDR Landesfunkhaus Sachsen). Eine gemeinsame Veranstaltung des WIR e.V. und der RLS Sachsen
19 Uhr | riesa efauf | Wachsbleichstraße 4a

03 Solidaritätssammlung von Cuba Si

10 bis 14 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

Links in der Neustadt: Stammtisch zur Vorbereitung der Ortsbeiratssitzung/ Zuvor: Treffen der Kooperation Rotrotgrünorange

17 Uhr | Genossenschaft | Prießnitzstraße 20

07 DIE LINKE. Eine für alle! Dresden

18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 | www.dielinke-efa-dresden.de

Lieber Genosse Richard Vogel,
Deine BO „Hans und Lea Grundig“
in Johannstadt Nord
gratuliert Dir ganz herzlich zu Deinem
100. Geburtstag.

Wir hoffen, dass Du noch oft an unseren
Versammlungen teilnehmen kannst.

Herbst
Weinlaub bunt
Fließt Jahreszeit
Bis Nebel ihn hüllt.

Janine Niemann-Rich

08 Weihnachtsfeier in der WIR AG

Kaffee + Stollen + Glühwein+Bier+Musik +Weihnachtskritische Lesung+Festliche Beleuchtung+Volksfahrräder im Test+Natürlicher Tischschmuck. Rechtzeitige Erscheinungen bekommen die besten Plätze!
15 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

Fraktionssitzung

18 Uhr | Beratungsraum 13, 4. Etage
Dresdner Rathaus

10 Stadtratssitzung

16 Uhr | Kulturrathaus | Königstraße 15

11 Willkommen in Sachsen? Perspektiven für eine menschenwürdige Aufnahme und Teilhabe Geflüchteter

Konferenz der LINKEN-Fraktion im Sächsischen Landtag
14 bis 18 Uhr | Sächsischer Landtag | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

12 Warum ist der europäische Sozialismus gescheitert

Diskussion mit Wolfgang Schumann
10 Uhr | Drogenmühle Heidenau | Dresdner Str. 26

Termin vergessen? Mail an: Linksblatt@web.de**KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN**

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore

Öffnungszeiten des Roten Renners, Rudolf-Renner-Str. 49

Montag: 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr
Mittwoch: 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr
Donnerstag: 16.00 Uhr bis 17.30 Uhr
Stammtisch jeden ersten Donnerstag im Monat ab 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr

Erlöst!
Egbert Möhl
* 03. August 1931 + 24. Oktober 2015

Wir werden Dich vermissen.

Deine Genossinnen und Genossen
der BO Otto Buchwitz

Sehr herzlich zum Geburtstag im Oktober gratulieren wir unseren GenossInnen

Denis Adam, Plauen
Erika Arlt, West
Karl Arlt, Altstadt
Karl Aschenbach, Plauen
Pia Barkow, Pieschen
Ute Baum, Blasewitz
Lothar Baumgart, Altstadt
Uwe Baumgarten, West
Marcel Bergmann, Blasewitz
Wolfgang Birnbaum, Leuben
Heinz Buchmann, Altstadt
Emmi Bönisch, Pieschen
Florian Dunkel, West
Andrea Englisch, Blasewitz
Gudrun Erfurt, Prohlis
MdEP Dr. Cornelia Ernst, West
Maximilian Lycurgus Feldhake, Leuben
Gabriele Fleischer, Leuben
Ernst Focke, Nord
Dieter Gaitzsch, Prohlis
Hans-Werner Gebauer, Nord
Martina Gebauer, Nord

Jakob Gilles, Neustadt
Dieter Göpel, Neustadt
Gerda Hanisch, Altstadt
Axel Heine, Prohlis
Marianne Heineke, Blasewitz
Erika Helfer, Pieschen
Manfred Hempel, Altstadt
Peter Händel, Neustadt
Gisela Jalaß, Plauen
Werner Kaulfuß, Altstadt
Helga Kempe, Blasewitz
Werner Kency, Altstadt
Manfred Kiesewetter, Nord
David Kießlich, Blasewitz
Christina Kleinschmidt, Plauen
Andreas Kloß, Neustadt
Helga Knetsch, Altstadt
Stefan Knoll, Prohlis
Horst Kraft, Blasewitz
Lothar Kunze, Neustadt
Klaus Körner, Prohlis
Waltraud Kügler, Altstadt
Silvio Lang, West

Gertraud Liebsch, Leuben
Yzé Lonaie, Leuben
Ingvelde Ludwig, Prohlis
Jens Mai, Neustadt
Reinhard Georg Mehlhorn, Blasewitz
Hans Mende, Altstadt
Rita-Maria Mund, Prohlis
Detlef Müller, Altstadt
Andreas Nack, Neustadt
Franziska Nych, Plauen
Dietmar Otto, Prohlis
Jörg Peschel, West
Luzzy-Cathrin Peters, Neustadt
Brigitte Pfau, Pieschen
Kerstin Prag, Neustadt
Thomas Pretzsch, Neustadt
Alexander Reichelt, Pieschen
Ulrich Reinsch, Prohlis
Gerhard Richter, West
Josefine Rohland, Altstadt
Melanie Romberg, Blasewitz
Michael Rothe, Neustadt
Isolde Sacher, Prohlis

Ilona Salomo, West
Steffi Sandrock
Helga Schade, Altstadt
Peter Schikora, Pieschen
Christine Schreiber, Plauen
Steffen Schreiber, West
Katja Schubert, West
Manfred Schumann, Plauen
Marianne Schwandt, West
Rudolf-Alfred Schweigert, Plauen
Hildegard Simolka, Neustadt
Helga Skoczowsky, Altstadt
Christa Steglich, Nord
Horst Steinert, Plauen
Edgar Stöckigt, Altstadt
Ina Thiele, West
Lotte Träger, Altstadt
Ute Vogt Altstadt
Monika Waldeck, Prohlis
Andrea Weber, Blasewitz
Florian Winckler, Altstadt
Gisela Winkler, West
Renate Zappe, Altstadt
Mathias von der Recke, Plauen

VW: mit höchsten Standards Zukunft sichern

von Dr. Cornelia Ernst

Der VW-Abgasskandal ist nicht das Versagen einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Konzernführung hintergangen haben. Der Skandal offenbart das Versagen einer Unternehmensführung, für die Profit höher als Recht steht. Es ist ein mit den Bankenskandalen der letzten Jahre vergleichbarer Wirtschaftsbetrug. Dieser Betrug trifft nicht nur das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Zahlreiche weitere europäische Länder, wie Tschechien (mit Skoda) und Spanien (mit Seat), sind betroffen.

11 Mio. Autos wurden manipuliert. Nun wird über Notverkäufe einzelner Marken spekuliert. Schadensersatzklagen und Sammelklagen aus aller Welt wird es geben. Ein Landkreis in Texas will VW wegen Luftverschmutzung auf 89 Mrd. Euro verklagen. In Australien wurde eine Schadensersatzforderung von 687.800 Euro pro Auto publik. Sicher, hier machen einige erst einmal viel Wind. Geschädigt wurden



Bericht aus Europa



ja nicht nur die Autokäuferinnen und -käufer bzw. Fahrerinnen und Fahrer, sondern auch diejenigen, die nicht im Auto sitzen, sondern auf den Straßen deren Abgase einatmen müsse. Und hier insbesondere die Kinder. Doch die können den Konzern nicht verklagen.

Doch neben den materiellen und Umweltschäden steht ein Vertrauensverlust, der finanziell für VW noch nicht zu beziffern ist. Das Schlimmste jedoch ist, dass weltweit über 600.000 Beschäftigte um ihren Arbeitsplatz

bangen. Allein in Sachsen sind die Mitarbeiter dreier Standorte betroffen.

Sicher, dieses Versagen wird im Konkurrenzkampf genutzt werden. Solche Chance werden sich die anderen Autohersteller nicht entgehen lassen, um ihren Marktanteil zu erhöhen.

Doch die Aufgabe der Politik ist es jetzt nicht, die Hände tatenlos in den Schoß zu legen. Aufgabe der Politik ist es, die entsprechenden Schlussfolgerungen aus dem Versagen des Unternehmens wie

auch der mit Politikern besetzten Aufsichtsgremien und -behörden zu ziehen. Die Politik muss deshalb langfristig Standards vorgeben, die europäische Autos zu den abgasärmsten und energieeffizientesten weltweit machen. Für solche Investitionen sollten die Rücklagen für die zu erwartenden Klagen eingesetzt werden. Dies ist – neben Gerichtsprozessen für die Verantwortlichen – die einzig richtige Antwort, wenn wir wollen, dass Unternehmen ihr Versagen nicht auf dem Buckel der Beschäftigten austragen! Nur so besteht die Chance, dass Beschäftigte nicht gefeuert werden und damit die Zeche der Betrüger zahlen müssen. Dies sind wir den Beschäftigten, den Käuferinnen und Käufern sowie unserer Bevölkerung gegenüber schuldig.

Stimmungsmache, Hetze, Drohung

von Susann Scholz-Karas

Am 2. Dezember, 19.00 Uhr laden wir gemeinsam mit dem WIR e.V. alle Interessierten zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Stimmungsmache, Hetze, Drohung – Wie Rechte soziale Medien nutzen, um die Gesellschaft zu verändern“ in das Kultur Forum ein. Auf dem Podium können wir Simone Rafael (Chefredakteurin Netz-gegen-Nazis.de der Amadeu Antonio Stiftung), Martin Fuchs (Politikberater und Blogger), Eric Hattke (Sprecher des Netzwerkes „Dresden für Alle“) und Gunter Neumann (Leiter Online/Social Media Redaktion MDR Landesfunkhaus Sachsen) begrü-

ßen. Peter Stawowy (Flurfunk Dresden) wird durch die Veranstaltung führen.

Darum geht es: Nicht erst seit PEGIDA ist klar, dass das Internet für die Verbreitung rassistischer und menschenverachtender Inhalte von großer Bedeutung ist. Mittlerweile finden sich nicht nur bei Facebook Kommentare, die rassistische Hetze, Drohungen oder krude Verschwörungstheorien beinhalten.

In Sachsen spitzt sich die Situation zu: Flüchtlingsunterkünfte brennen, Politiker*innen, Engagierte

Mit Simone Rafael, Martin Fuchs, Eric Hattke und Gunter Neumann

02. Dezember | 19 Uhr | Riesa efaul | Wachsbleichstraße 4

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN

und Journalist*innen werden immer öfter bedroht und angegriffen.

Mit den Gesprächspartner*innen wollen wir darüber diskutieren, welchen Einfluss die rechte Stimmungsmache im Netz auf die aktuelle politische Si-

tuation hat. Inwieweit nutzen organisierte Rechte soziale Medien? Welche Strategien verfolgen sie damit? Wie groß ist der Einfluss über das Internet hinaus? Oder überschätzen wir vielleicht die Auswirkungen völlig? Was sind wirkungsvolle Gegenstrategien?

Cuba Si informiert

von Ursula Zierz

Vom 16.-18. 10.015 fand das bundesweite Regionaltreffen der AG Cuba Si am Werbellinsee statt, was für uns informativ und erlebnisreich verlief. Nach der Eröffnung der Tagung am Freitagabend durch den Cuba Sí Vorstand bedankte sich der Botschafter der Republik Cuba S.E. René Mujica Cantelar in den Anwesenden und allen Freunden Cubas für die geleistete Arbeit und Unterstützung seines Landes. Anschließend folgte sein Bericht zur Geschichte der Beziehungen zwischen den USA und Cuba und den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen, den Chancen und Gefahren dieses Prozesses für die Entwicklung Cubas. Ein weiterer Gast an diesem Abend war Genosse Hans Modrow, der im Dialog mit dem Botschafter die Gemeinsamkeiten von DDR/Cuba und deren Werte den Sozialismus betreffend, sowie die Erörterung der Frage, was Cuba tut, um die Werte der Revolution fortzusetzen. Der nächste Tag wurde mit einem Bericht der Wirtschaftsrätin der Botschaft, Ida Paz Lago de León er-

öffnet. Sie nannte wichtige Punkte des aktuellen Entwicklungsstandes der kubanischen Ökonomie, dem Bericht der Nationalversammlung Cubas, der offen für die cubanische Bevölkerung ist. Im Anschluss daran berichtete der Direktor des Cuba sí Projektes Mayabeque und Vizepräsident von ACPA National von den derzeitigen Gegebenheiten der Milchprojekte. Zu der allgemeinen Berichterstattung nannte er Beispiele, die durch die Zusammenarbeit mit Cuba si verwirklicht werden konnten und weiterhin bestehen. Ynorbis Brooks sprach über die Entwicklung und Gleichberechtigung der Frauen nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in Verwirklichung der sozialistischen Errungenschaften des Landes. Am Abend verdeutlichte uns der gezeigte Film „Kraft der Schwachen“ die Stärke der kubanischen Gesellschaft, die sich auch in der Kraft mit der internationalen Solidarität für die Heimkehr der „Cuba Five“ zeigte. Ich hoffe, dass alle Kubafreunde beim Lesen dieses Berichtes den eigenen fi-

nanziellen oder materiellen Anteil an der Realisierung der Projekte erkannt haben. Wir hoffen, dass wir unsere gewonnene Motivation für die kommende solidarische Arbeit Euch nahe bringen konnten, so dass die aufgeführten Schwerpunkte mit unser aller Hilfe durchgesetzt werden können! Infos:

- Die internationale Abstimmung über die Fortführung der Blockade am 27.10.015 ergab:

Weltweite Unterstützung für Kuba. Mit dem Rekordergebnis von 191 der 193 Mitgliedsländer der Vereinten Nationen hat die UN-Generalversammlung in New York am Dienstag um 12.29 Uhr Ortszeit (17.29 Uhr hiesiger Zeit) – bei den üblichen zwei Gegenstimmen der USA und Israels – die Beendigung der US-Blockade gegen Kuba gefordert. Das Ergebnis bestätigt die hinterlistige Politik der USA! Am 03.12.015 findet die nächste Sammlung im HdB statt. Saludos solidarios!

Redaktionsschluss 2015

21.01.2015, 11.02.2015
04.03.2015, 15.04.2015
06.05.2015, 03.06.2015
08.07.2015, 09.09.2015
30.09.2015, 28.10.2015
10.12.2015

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127
Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351
8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Sarah Buddeberg, Jens
Matthis
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Sarah
Buddeberg, Jens Matthis, Ursula Zierz,
Dr. Cornelia Ernst, Susann Scholz-
Karas, Maurice Devantier, Florian Paulig,
Max Schoene, Evangelos Parastatidis
Fotos: Pixelio.de, Max Kretzschmar,
Maurice Devantier
Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH,
Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Ex-
emplare, Vertrieb: Siblog, Schneller
ist besser!



Durch Polen und Weißrussland nach Moskau, zur Wolga, in den Kaukasus und zum Schwarzen Meer

Im Osten

von Maurice Devantier

Auf einer 4stündigen Bahnfahrt von Brest nach Minsk durch weißrussische Wiesen und Felder bereiten wir uns mit landestypischen Spezialitäten auf die Hauptstadt der „letzten Diktatur Europas“ vor. Die Fahrt in einem klassischen blauen Schnellzug aus der Hochzeit der Eisenbahn ist ein Genuss, doch dann zeigt uns ein einheimischer Mitreisender, als er gewahrt wird, dass wir aus Deutschland kommen, seine Hakenkreuztätowierung. Als wir Ablehnung signalisieren, zieht er verständnislos ins nächste Abteil – wir trösten uns mit russischer Folklore aus dem Eisenbahnradio.

In Minsk empfängt uns ein großer, prächtiger Bahnhof aus der Stalinzeit. Da die Stadt im II. Weltkrieg nahezu vollständig zerstört wurde, musste sie in der Nachkriegszeit quasi neu errichtet werden. Unabhängig davon, ob einem der „Stalinstil“ gefällt, die Ausbauleitung nach den Verheerungen des Krieges nötigt jedem Respekt ab. In der unterirdischen Passage vom Bahnhof zur Stadt spielt eine Rockband einen englisch-russischen Mix und die Passanten klatschen begeistert mit. Eine großzügige, imposante Stadtanlage mit reichverzierten Fassaden durchschreiten wir auf dem Weg zur Innenstadt, sehen Kaufhaus GUM von innen und KGB von außen. Ein kleines rekonstruiertes Altstadtviertel lädt in der Abendsonne zum Verweilen ein und wir genießen eine fleischlastige belorussische Vorspeisenplatte gegenüber des klassizistischen Theaters. Die Straßen sind voller moderner Autos, so wie die Geschäfte voll Waren, weder Miliz noch Lukaschenko-Propaganda sind im Straßenbild erkennbar. Mangelwirtschaft und Anzeichen der Diktatur sind für uns nicht sichtbar – die modern gekleideten, vielen jungen Menschen bevölkern Straßen und Cafés; das Wohlstandsniveau liegt meinen erfahrenen Mitreisenden zufolge erkennbar über dem der Ukraine.

Es dämmt schon, als wir mit der Metro die neueste Sehenswürdigkeit der Stadt erreichen: die Universitätsbibliothek.



In den Straßen von Minsk

Foto: Maurice Devantier

Auf der Aussichtsplattform dieses hypermodernen Baus, im Abendrot über die weite Ebene gen Osten, über die mit Gagarin-Mosaiken geschmückten Hochhäuser hinwegblickend, erscheint uns endlich die Propaganda zu Weißrussland als „Hort der Finsternis“ arg zweifelhaft: auch in unseren Köpfen hatten es „unsere Medien“ geschafft, ein Bild zu erzeugen, was zumindest sehr einseitig ist. Sicherlich gibt es Repressalien gegen Andersdenkende und Op-



positionelle, sicherlich ist Weißrussland kein demokratisches Musterland. Aber vor Ort zeigt sich die Lage eben differenzierter. Es waren weder große Armut noch Anzeichen für einen Polizeistaat zu erkennen und ein Unterschied zum EU-Land Polen auch nicht. Das muss man unseren Medien zum Vorwurf machen: dass sie bei bestimmten Ländern nur über die Missstände berichten, das Positive, das Normale verschweigen und so Bilder in den Köpfen der Menschen erzeugen, die nur bestimmte Ausschnitte der Realität zeigen. Bunt blinkt die Bibi, sogar mit Pepsi-Werbung, als wir mit der Metro zu unserer letzten Station zurückfahren: zum erstaunlich unbewachten, aber dunklen „Lukaschenko-Palast“ – nein, ein Fenster ist noch erleuchtet, Papa wacht über sein Volk...

Wir besteigen den Moskauer Nachzug und rattern durch die Nacht der russischen Grenze entgegen und bereiten uns etwas unruhig auf die zu erwar-



Kreml bei Nacht

Foto: Maurice Devantier

tenden scharfen Kontrollen für westliche Ausländer vor. Haben wir die Aufenthaltsdauer nicht überschritten, sind alle Papiere in Ordnung und griffbereit? Und es passiert - nichts. Es findet überhaupt keine Kontrolle an der russischen Grenze statt, ungehindert und undurchsucht rollen wir in den großen, und wie manche behaupten, gefährlichsten Staat der Erde hinein. Genau zum Sonnenaufgang durchqueren wir Smolensk, der Kreml leuchtet rot über die Hügel, ein fast mystisches Bild des alten Russland. Dann schlafen wir weiter in den gemütlichen Kojen, erst kurz vor Moskau weckt uns die nun hoch stehende Sonne und unsere fürsorgliche Schaffnerin, die erstmal Tee aus dem Samowar vorbeibringt. Man sieht noch ein paar Dörfer inmitten von Birkenwäldern, dann sind schon die Moskauer Vorstädte erreicht. Endlich kommen wir im belorussischen Bahnhof an: wie ein Zarenpalast in weiß, grün und gold.

Zunächst zum Kreml. Putin ist nicht zu sehen, nur ein Absperrband und ein eher unaufmerksamer Milizionär versperrten den Weg zu seinen Arbeitsräumen - stattdessen bunte orthodoxe Kirchlein,

Zarenkanone und ein Gärtchen mit Blick über die Moskwa. Dann der rote Platz Basilius-Kathedrale, GUM... Wir sehen uns nicht alles ganz genau an, lassen uns treiben, machen Bilder von diesen ganz harmlos angenehm wirkenden Orten der „dunklen Macht“. Und diese heitere, aufgeräumte Atmosphäre zeigt sich überall: die Straßen und prächtigen Metrostationen sind sauber und graffitifrei, in den Bars herrscht Rauchverbot und als uns am Abend im Konsum kein Alkohol mehr verkauft werden darf, fragen wir uns schon: ist hier das wilde Russland?

Fortsetzung folgt

Bewerbungen für den Stadtvorstand**STADTVORSITZ****Jens Matthis**

Nachdem mir die Verantwortung des Stadtvorsitzes gemeinsam mit Sarah Buddeberg im Sommer dieses Jahres etwas überraschend zugefallen ist, bin ich nach reiflichem Überlegen und nach vielen Gesprächen mit Genossinnen und Genossen zu dem Ergebnis gekommen, dass es richtig ist, wenn ich mich für die nächsten Jahre um dieses Amt bewerbe.

Die letzten vier Jahre waren die erfolgreichsten in der Geschichte der Dresdner LINKEN: erfolgreicher Krankenhaus-Bürgerentscheid, starker Zugewinn bei der Stadtratswahl, rot-grün-rot-orange Kooperation im Rathaus, erstmals zwei eigene Beigeordnete. Jetzt haben wir eine deutlich veränderte Situation. Die Partei trägt erstmals seit 1990 umfassende politische Verantwortung in der Stadt. Zugleich stehen wir infolge des Flüchtlingszustromes einerseits und einer neuen rechtspopulistischen Massenbewegung andererseits vor völlig neuen sozialen und politischen Herausforderungen.

Schon heute lässt sich prognostizieren, dass es außerordentlich schwierig für die Partei werden wird, sich in den politischen Tagesauseinandersetzungen und bei den nächsten Wahlen zu behaupten.

Vor 1989: Fachverkäufer, SED-Mitglied und hauptamtlicher FDJ-Sekretär

Seit 1989:

- erfolgreiches Studium Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft und Soziologie

- ehrenamtliche Arbeit in der PDS, Linkspartei.PDS bzw. der LINKEN, sowie viele Jahre lang im Jugendverein „Roter Baum“ e.V.

- Stadtrat seit 1999

- wissenschaftlicher Mitarbeiter unserer Landtagsfraktion seit 2003

- stellvertretender Stadtvorsitzender der PDS von 1999 bis 2005, der LINKEN seit 2009

Dies kann, wenn überhaupt, nur das gemeinsame Handeln möglichst vieler Parteimitglieder und ALLER Mandatsträger/innen gelingen. Dabei will ich meine politischen Erfahrungen und Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte einbringen. Ich halte aus diesen Erfahrungen heraus einen ausgesprochen kollegialen Führungsstil in der neuen Situation für zweckmäßig. Durch sinnvolle Verteilung von Verantwortung zwischen den beiden Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden, der/dem Schatzmeister/in, der/dem jugendpolitischen Sprecher/in sowie weiteren Amts- und Mandatsträger/innen sollten Überforderungen und wechselseitige Blockaden vermieden werden. Gleichzeitig möchte ich, soweit das in meiner Hand liegt, möglichst viele Parteiaktivist/inn/en der nächsten Generation fördern, um der Partei so eine langfristige Perspektive zu geben.

Sarah Buddeberg**STELLV. STADTVORSITZ**

Manchmal ist der Sprung ins kalte Wasser belebend, kommt mir in den Sinn, wenn ich an die Ereignisse im Juli dieses Jahres zurückdenke. Für mich und wohl die meisten anderen Genossinnen und Genossen überraschend, traten die beiden Vorsitzenden zurück – und plötzlich war es an mir, politisch und organisatorisch Verantwortung für unseren Stadtverband zu übernehmen.

Das habe ich in den letzten Monaten gern getan und konnte als amtierende Stadtvorsitzende bereits einiges auf den Weg bringen. Ich habe das Amt mit dem Anspruch übernommen, mehr Transparenz herzustellen und die innerparteiliche Kommunikation zu verbessern. Das hieß konkret, mit möglichst vielen Genossinnen und Genossen ins Gespräch zu kommen und mit euch die Frage zu diskutieren: Wie kann und soll es in diesem Stadtverband weitergehen? Wo hakt es? Was muss sich verändern? Welche Baustellen müssen wir angehen? Aus meiner Sicht ist diese Frage nach der innerparteilichen Zusammenarbeit alles andere als Selbstbeschäftigung. Denn nur wenn wir uns gut aufstellen, können wir nach außen politisch wirksam werden. Es braucht einen starken Stadtverband, um in Zeiten von brennenden Asylunterkünften,

Übergriffen auf Menschen und offenem Rassismus eine klare Position zu beziehen. Unsere politische Überzeugung soll sichtbar sein, und sie soll andere überzeugen. Dafür wird es nicht ausreichen, eine gute und fähige Stadtspitze zu wählen. Ich möchte mich dafür einsetzen, den Stadtverband wieder kollektiv zu denken und jedem Mitglied die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen und das eigene politische Potential zu entfalten. Dafür biete ich nicht nur meine Mitarbeit im Stadtvorstand an, sondern möchte die in den letzten Wochen und Monaten eingeschlagenen Wege weitergehen und die Ideen, die wir gemeinsam besprochen haben, weiterentwickeln und umsetzen. Deshalb erkläre ich meine Kandidatur als stellvertretende Vorsitzende des Stadtverbandes Dresden.

politische Vita:

2008-2010 Vorsitzende der Linksjugend [solid] Dresden

2009-2015 Mitglied des Landesvorstands DIE LINKE Sachsen

2010-2014 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands DIE LINKE Sachsen

2013-2015 stellvertretende Stadtvorsitzende DIE LINKE Dresden

seit Juli 2015 amtierende Stadtvorsitzende DIE LINKE Dresden

Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Verdi-Mitglied

beruflich:

M.A. Theaterwissenschaft (Studium an der Universität Leipzig, Anschluss 2009)

2009-2012 wiss. Mitarbeiterin einer Landtagsabgeordneten

2012-2014 Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat

seit September 2014 Mitglied des Sächsischen Landtags, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Gleichstellungs- und Queerpolitik

STELLV. STADTVORSITZ

Silvio Lang



Liebe Genoss_innen,

ich möchte nach reiflicher Überlegung für den stellvertretenden Vorsitz des Stadtverbandes DIE LINKE. Dresden kandidieren. Es wäre meine dritte Legislatur im Stadtvorstand.

Zur Person: Ich bin 31 Jahre alt, wohne in Dresden, lebe in einer Beziehung und arbeite seit November für unsere Bundestagsabgeordnete Caren Lay und unsere Landtagsabgeordneten Lutz Richter und Mirko Schultze. Parteimitglied bin ich seit 2009 und habe in dieser Zeit verschiedenen Gremien im Jugendverband und Partei angehört bzw. tue dies noch. Aktuell bin ich frisch in den Landesvorstand wieder gewählt, als auch einer der Sprecher_innen der LAG Antifaschistische Politik. Außerdem bin ich Mitglied im VVN-BdA und Sprecher des Bündnisses Dresden Nazifrei.

Für die kommenden zwei Jahre im Stadtvorstand möchte ich sowohl nach Innen, als auch nach Außen für unsere Partei wirken. Nach Innen möchte ich ein Bindeglied zwischen Landes- und Stadtebene bilden – weil Dresden mit seiner besonderen politischen Situation für den Landesverband eine immens wichtige Bedeutung hat und somit in beide Richtungen ein enger Austausch nötig ist. Durch meine Wiederwahl in den Landesvorstand bin ich in der Lage, diese Verbindung zu leisten.

Nach Außen möchte ich zwei Aspekte der Partei repräsentieren:

in der schwierigen politischen Phase der Stadt, mit Pegida und den damit verbundenen Phänomenen, braucht es eine etablierte, antifaschistische und antirassistische Stimme der LINKEN in dieser Stadt. Als langjähriger Sprecher von Dresden Nazifrei habe ich die Erfahrung und die Position, dies auch für den Stadtverband sein zu können. Denn unsere Partei ist gerade in dieser Auseinandersetzung gefragt, immer deutlich und unmissverständlich Position für Humanismus und Weltoffenheit zu beziehen.

Andererseits braucht es eine nach Außen vernehmbare Stimme unseres Stadtverbandes, die ausschließlich Parteipositionen vertritt, also nicht durch ein Mandat in Stadtrat oder Landtag neben Partei- auch an Fraktionspositionen gebunden ist. Diese Stimme kann und möchte ich sein.

Diese Funktionen kann ich nur dann einnehmen, wenn ich durch den Stadtparteitag legitimiert werde, als stellvertretender Stadtvorsitzender in Abstimmung mit den anderen Mitgliedern der Koordinierungsgruppe und des Stadtvorstandes, unsere Partei auch nach Außen zu vertreten.

Daher bitte ich hiermit um eure Stimme!

Thomas Grundmann



Rechtsanwalt

LINKE-Stadtrat seit 2014

Mitglied im Bildungsausschuss

zuvor lange Jahre Mitglied im Ortsbeirat Neustadt Roter Baum e.V.

Vorstellung erfolgt mündlich

Ronny Rehm



Liebe Genossinnen und Genossen, mein Name ist Ronny Rehm, ich bin 36 Jahr alt, seit wenigen Tagen glücklicher Vater von nun 3 Kindern und möchte mich als Mitglied des Stadtvorstandes bzw. stellv. Vorsitzenden bewerben.

Als jahrelanger überzeugter Wähler der LINKEN habe ich mich Mitte letzten Jahres dann für den Eintritt in die Partei entschieden, für mich persönlich ein großer Schritt. Aber ich kam zu der Überzeugung, weder eine Bewegung allein, noch die Gewerkschaften allein, noch eine Partei allein können die realen Verhältnisse in diesem Land ändern, den neoliberalen Angriff auf Dauer abwehren und ihm, in der gesellschaftlichen Diskussion, eine alternative Perspektive entgegensetzen – dies geht nur gemeinsam!

Und da wollte und will ich meinen Beitrag leisten. Ob ich das mache bzw. machen kann, müssen meine Genossinnen und Genossen beurteilen, also Ihr. Die gesellschaftlichen Diskussionen haben sich seit dem Gründen der Partei DIE LINKE zwar verändert, nur nicht schnell genug. Das darf uns aber eben nicht enttäuschen, sondern muss uns anspornen, mehr für Bewegungen, Gewerkschaften und die Partei zu arbeiten.

Denn eines sollte uns klar sein: Ohne uns gibt es keine Veränderung hin zu mehr Demokratie, hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, hin zu mehr Nachhaltigkeit. Ohne uns wird es nie eine wirkliche Demokratie geben.

Vorrangig einsetzen möchte ich mich für eine sozial gerechte Familienpolitik, da sich die soziale Ausgrenzung in unserem Land in den letzten Jahren weiter verschärft hat.

Jede andere Behauptung ist eine Lüge! Verfestigte Kinderarmut, Erwerbslosigkeit, Exklusion statt Inklusion, Kitaplatzmangel, familienunfreundliche Arbeitsbedingungen, erhöhtes Armutsrisiko von Frauen prägen die kapitalistische „Arbeitsgesellschaft“.

Außerdem möchte ich mich für eine verträgliche und gesicherte Gesundheitsversorgung einsetzen. Ärztemangel & monatelange Wartezeiten bei Fachärzten, Krankenhäusern, die immer wieder unzureichende finanzielle Mitteln beklagen, dürfen sich nicht weiter ausbreiten. Hier muss es endlich ein solidarisches und sozial gerechtes Gesundheitssystem geben. Dafür möchte ich mich einsetzen.

Auf Stadtverbandsebene gibt es zwei wichtige Punkte auf meiner Agenda:

- Transparenz und klare Strukturen und Verantwortlichkeiten im Stadtverband bis hin zur Basis sollten eine Selbstverständlichkeit sein. Ständiger und intensiver Austausch über aktuelle und vor allem regionale politische Themen zwischen den Stadtratsmitgliedern, dem Stadtverband und der Basis sollten genau dieses Ziel der Transparenz erreichen und das Verständnis dafür stärken, warum bestimmte Dinge getan werden wie sie getan werden.

- Ich bin der festen Überzeugung dass wir als Partei noch stärker und intensiver mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen müssen. Vor allem die Ortsverbände sind hier gefragt, sich über Aktionen und Veranstaltungen einzubringen und gemeinsam mit und für die Bürgerinnen und Bürgern Veranstaltungen durchzuführen. Ich denke da an Sommerfeste, Kinderfeste usw. Anlässe bieten sich über das Jahr hin sicher genügend.

Ich freue mich, wenn Ihr mir Euer Vertrauen schenkt!

Pia Barkow

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

seit einem Jahr erleben wir eine seit Langem nicht gekannte Politisierung der Stadtgesellschaft. Diskussionen über Pegida oder die Asylpolitik werden im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis ebenso geführt, wie im Bus oder auf der Straße. Das große Interesse an den Themen reicht dabei von einem völlig unerwartet großen Engagement und Einsatz vieler, über Verunsicherungen und einem vor allem in den letzten Monaten zunehmendem Maß von Aggressivität und Fremdenfeindlichkeit. Gerade in dieser Situation ist es wichtiger denn je, dass DIE LINKE hier eine klare Position bezieht und deutlich macht, dass Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile nichts mit Meinungsfreiheit zu tun haben, sondern mit Menschenverachtung und Diskriminierung. Beidem müssen wir immer entschieden entgegenzutreten.

Aber gleichzeitig müssen wir auch mit den Menschen, die sich engagieren, sich einbringen wollen oder Fragen haben, ins Gespräch kommen – auch mit den eigenen Genossinnen und Genossen.

Die mittlerweile schon durch das Überschlagen der Ereignisse fast in Vergessenheit geratene Beige-



ordnetenwahl hat allerdings gezeigt, dass wir auch innerhalb unseres Stadtverbandes wieder mehr miteinander kommunizieren müssen. Dabei geht es sowohl darum, interessierte Genossinnen und Genossen in Diskussionen und Entscheidungsprozesse einzubeziehen oder Neumitglieder anzusprechen. Aber auch darum, die Gespräche zwischen Stadtvorstand, Ortsverbänden, Stadtratsfraktion und Ortsbeiräten zu intensivieren. Denn nur wenn wir innerhalb der LINKEN selbst transparent, respektvoll und auf Augenhöhe miteinander sprechen, können wir das auch glaubhaft nach außen vermitteln. Hierin sehe ich eine wichtige Aufgabe des Stadtvorstandes, die ich gerne mit voran bringen möchte.

Diplom-Soziologin
Stadträtin
wissenschaftliche Mitarbeiterin
von Sarah Buddeberg

Cornelia Eichner

Liebe Genossinnen und Genossen,

was für ein Jahr liegt hinter uns?! Kaum zum Aufatmen sind wir gekommen, so vieles ist geschehen und hat sich entwickelt. Mehrfache, intensive Wahlkampfaktivitäten haben viel Kraft gekostet, die Kommunalwahl und die daraus resultierende rot-rot-grün-orangene Mehrheit ließen unsere Herzen höher hüpfen; die OB-Wahl war enttäuschend, aber muss so nun akzeptiert und bestmöglich gestaltet werden. Dann kam Pegida und unsere Dresdner Gesellschaft schien aus den Fugen zu geraten, konfrontierte uns mit uns selbst, mit eigenen Erwartungen und Kritikpunkten, Hoffnungen. Wir sind dadurch einmal mehr aufgefordert, uns zu positionieren, nachzuspüren, wie so etwas wie Pegida unserer Gesellschaft geschehen kann, obwohl wir aus den Schrecken der NS-Zeit gelernt haben sollten. Gerade jetzt ist es wichtig, als LINKE deutlich Gesicht zu zeigen, einzustehen und aktiv zu werden für die Benachteiligten in unserer Stadt (und unserem Land), für Solidarität mit Schwächeren, um gutes und bezahlbares Wohnen für alle möglich zu machen, für jede und jeden Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft abzusichern – z.B. über das Sozialticket oder über kulturelle und Bildungsangebote für alle. Neben diesen Ausgleichsmöglichkeiten von Benachteiligungen sind mir zwei Aspekte ganz besonders wichtig: Bildung und Kommunikation. Von Kindesbeinen an müssen sich Menschen in demokratische Prozesse, in wis-



senschaftliche Denkweise, Weltoffenheit, soziales Miteinander und selbstaktive Lebensgestaltung einüben können. So entwickeln sie Resilienz und Kompetenz, um im Erwachsenenalter auch kritische Momente gut zu bestehen, Schwierigkeiten klären – und auch einmal Kritik konstruktiv(!) äußern zu können, anstatt pöbelnd falschen Predigern hinterherzulaufen. Dafür braucht es ein breites und qualitativ hochwertiges Angebot von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, aber auch, das erfahre ich in der Erzieher*innen-Ausbildung immer wieder, aufgeklärte und engagierte elementarpädagogische Fachkräfte und verantwortungsvolle Eltern. Dafür braucht es aber auch eine offene und zugewandte Kommunikation von und mit Dresdner*innen jeden Alters, da Bildung kein Status, sondern ein lebenslanger Prozess ist, der nicht nach der beruflichen Ausbildung endet. Somit sehe ich für meine politische Arbeit drei Schwerpunkte: * leidenschaftliches Engagement für die Aufgleichung von Benachteiligungen, * qualitative und quantitative Weiterentwicklung der (elementarpädagogischen) Bildung vor Ort sowie * Nutzung diverser kommunikativer Wege und Mittel, damit niemand unserer Gemeinschaft, unserer Stadtgesellschaft verloren geht, denn wir brauchen alle Bürger und Bürgerinnen, um gemeinsam große Aufgaben zu bewältigen.

Anne Gieland



Liebe Genossinnen
und Genossen,

einige von euch kennen mich bereits aus der gemeinsamen Arbeit im Ortsverband Neustadt/Loschwitz oder dem Ortsbeirat Neustadt, in welchem ich seit 2014 mit 3 weiteren Vertreter_innen unsere Partei vertrete. Viele von euch habe ich sicher schon auf dem ein oder anderen Parteitag am Anmeldestand und in der Wahlkommission getroffen. Dennoch möchte ich die Möglichkeit nutzen, mich noch einmal kurz vorzustellen.

Mein Name ist Annegret Gieland und ich bewerbe mich auf dem kommenden Stadtparteitag für einen Sitz im zukünftigen Stadtvorstand unserer Partei. Ich bin 28 Jahre alt und konnte im vergangenen Jahr meine Ausbildung zur Gymnasiallehrerin in den Fächern Französisch und Geschichte endgültig abschließen. Als eine der wenigen Glücklichen konnte ich meinen beruflichen Weg an einem Dresdner

WEITERE KANDIDATUREN

Gymnasium fortsetzen. Auch wenn in diesem Zusammenhang gerade viel Neues und Aufregendes ansteht, möchte ich auch in meiner ehrenamtlichen und politischen Arbeit neue Wege gehen und mich in die Arbeit des Stadtvorstandes einbringen. Die Vorstandsarbeit ist mir seit nunmehr acht Jahren durch mein Engagement im Jugendverein „Roter Baum“ e.V. bekannt. Zunächst konnte ich als Beisitzerin die Gremienarbeit kennenlernen und später mehr und mehr Verantwortung übernehmen, bis ich schließlich 2013 als 1. Vorsitzende gewählt wurde. In dieser Zeit konnte ich auch politische Erfahrungen sammeln, sei es einerseits als stellvertretende Ortsbeirätin (2013-2014) oder andererseits als wissenschaftliche Mitarbeiterin von Annetrin Klepsch (2012-2013) im Landtag.

Die Fähigkeiten und Kenntnisse, die ich im Rahmen meiner ehrenamtlichen und beruflichen Tätigkeit in den vergangenen Jahren sammeln konnte, möchte ich gern in den neuen Stadtvorstand einbringen. Besonders wichtig ist mir in diesem Zusammenhang die enge Anbindung der einzelnen Ortsverbände und Basisorganisationen an Entscheidungen, die im Stadtvorstand getroffen werden. Außerdem möchte ich mich zukünftig im Bereich der Neumitgliederbetreuung engagieren. Dafür bitte ich um Eure Stimme.

Franziska Fehst

Hallo ihr Lieben,



ich bin Franzi, 25 Jahre alt und möchte hiermit für den Stadtvorstand kandidieren. Aufgewachsen bin ich südlich von Dresden, allerdings in Dresden zur Schule gegangen und dann zum Studium hergezogen. Ich studiere Chemie-Ingenieurwesen an der TU Dresden und schreibe derzeit an meiner Diplomarbeit, weshalb ich vermutlich nicht zum Parteitag erscheinen kann. In meinem Studium habe ich vor allem im Bereich Forschung und Entwicklung gearbeitet und mich mit Speichersystemen beschäftigt. Zudem habe ich während meines Studiums im Bereich Asyl, Migration und Flucht ehrenamtlich gearbeitet. Beispielsweise hab ich über den Ausländerrat eine Bildungspatenschaft übernommen und war mehrere Jahre Kampagnen-Mitglied von SaveMe Dresden.

Seit fast 2 Jahren bin ich Mitglied der linksjugend [solid] Dresden. Dort war ich 1 1/2 Jahre im Koordinierungskreis tätig. Für den Landesverband war ich zweimal beim Bundeskongress der linksjugend und dieses Jahr auch zum ersten Mal als Delegierte beim Landesparteitag. Zudem nehme ich am Mentoring-Programm von DIE LINKE.Sachsen mit dem Fokus auf Umwelt- und Energiepolitik teil. Meine Mentorin ist dabei unsere Stellvertretende Landesvorsitzende Jana Pinka.

Seit über einem Jahr bin ich nun auch Parteimitglied und möchte mich mehr in die Geschehnisse im Stadtverband einbringen. Besonders wichtig sind mir dabei zwei Themenbereiche: Transparenz und Mitgliederbeteiligung. Beim Thema Transparenz kann sich die Partei meiner Meinung nach noch einiges von der Jugend abschauen ;-). Die Frage wie wir (junge) Mitglieder mehr in Prozesse einbinden und unseren basisdemokratischen Ansprüchen gerecht werden können, sehe ich als eine der wichtigsten Aufgaben in nächster Zeit. Das alles ist natürlich nicht in zwei Jahren zu schaffen und ich werde erst mal eine Zeit brauchen, um die Prozesse und Arbeitsweise im Vorstand zu verinnerlichen. Aber hey: ein guter Anfang ist die halbe Arbeit!

WEITERE KANDIDATUREN

Christopher Colditz



Als gebürtiger Chemnitzer zog ich aufgrund meiner Ausbildung zum Fotomedienlaboranten in der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden relativ schnell nach Dresden. Infolge der dort herrschenden Bedingungen für Auszubildende machte ich mich mit meinem ersten Ehrenamt als Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung im Sächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst für die Rechte der Auszubildenden in den Dienststellen stark, insbesondere für eine Verbesserung der Ausbildungs- und Übernahmesituation der Auszubildenden.

Auch jetzt als Angestellter im öffentlichen Dienst bin ich angesichts der Verbesserungspotentiale dort im Bezirksjugendvorstand von Ver.di. Die Problemlagen des öffentlichen Dienstes, sei es die Belastung der Mitarbeitenden oder die Situation der Azubis, versuche ich auch über die Politik als Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft zu verbessern.

Seit meiner Ernennung in den Ortsbeirat Altstadt trage ich die Interessen der jungen Linken in diesen hinein. Nicht nur hier, sondern auch in der Partei ist der demografische Wandel sichtbar geworden und die Zukunft der Partei nicht ausreichend repräsentiert. Damit junge Menschen auch ausreichend mitwirken können, halte ich eine Einführung von verbindlichen Jugendquoten für unvermeidlich. Das Weiterbildungs-, Patenschafts- und Vernetzungsprogramm der LINKEN Sachsen leistet zudem einen beträchtlichen Beitrag zur Stärkung und Entwicklung junger Menschen.

An diesem Programm nehme ich teil, wobei mich Enrico Stange, der innenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, als Mentor hilfreich und beratend unterstützt.

In der Linksjugend Dresden setze ich mich nicht nur für Themen wie Antirassismus und die Gleichstellung von Mann und Frau ein, sondern beteilige mich auch an der Organisation verschiedener Aktionen, wie bspw. zuletzt den Aktionswochen gegen Antisemitismus der Amadeu-Antonio-Stiftung. Mit diesen Themen, aber vor allem der in Dresden aktuellen Flüchtlingsthematik möchte ich dem Stadtverband helfend zur Seite stehen und die Politik der jungen linken Dresdner Menschen vertreten.



Magnus Hecht

Beruflich bin ich ab Januar für die beiden Landtagsabgeordneten Sarah Buddeberg und Anja Klotzbücher tätig. Daneben bin ich Musikverleger, hauptsächlich für junge Künstler aus Sachsen.

Auch ehrenamtlich habe ich einige Organisationserfahrung. Als ehemaliger Chef der scheune bin ich in der Stadt und vor allem in der Kulturszene mit vielen bekannt und gut vernetzt. Das ehrenhafteste dieser Ämter ist der zweite Vorsitz des Bundesverbandes der Musikklubs. Von der Ausbildung her bin ich Sozialpädagoge und Kulturmanager.

Seit 2012 bin ich in der Partei und möchte mich nun weiter engagieren. Bisher bin ich in der LAG Kultur aktiv und Vorsitzender des Wir e.V., der das Abgeordnetenbüro Wir AG auf dem Martin-Luther-Platz betreibt. Ich denke, dass die Partei eine große Zukunft hat. Weil sie eine große Zukunft haben muss!

Politische Positionen:

der Stadtverband DIE LINKE.Dresden soll nach meiner Meinung:

1. attraktiver werden. Nach innen durch die Aktivierung von Mitgliedern und neuen Strukturideen und nach außen durch thematische Offenheit und sympatische, kulturvolle Kommunikation.
2. internationaler werden. Nach innen durch neue, aktive Mitglieder auch anderer Herkunft und nach außen durch praktische Solidaritätsarbeit.
3. eine Kompetenz im Älterwerden anstreben. Nach innen sollten die älteren den jüngeren Genossinnen

und Genossen noch einiges über ihre Erfahrungen und die Geschichte beibringen und nach außen sollte die demographische Entwicklung der Gesellschaft ein spezielles Gebiet der Partei werden.

die Partei DIE LINKE soll nach meiner Meinung:

1. Frieden und Solidaritätsarbeit auch über Europa hinaus unbedingt als großes Ziel verfolgen, um den Sozialismus möglich zu machen und um die Bedrohung rechter Bewegungen abzuwehren.
2. den Kulturbereich und die Kreativen als Verbündete begreifen ohne bei anderen Fokusgruppen weniger Anstrengung walten zu lassen.
3. selbstbewusst in der Tradition von politischen Analysen und Kämpfen bleiben. Zur „sich immer weiter öffnenden Schere zwischen arm und reich“ kann auch wieder der Begriff des Klassenkampfes gestellt werden.

Ich bin 43 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Töchter. Ich bin zufällig in Stuttgart geboren, begreife mich aber nicht als Schwabe, außer es geht ums Essen. Es freut mich, im südlichen Hechtviertel leben zu können.

Ich bin Torsten Bittermann. Ich lebe jetzt schon 10 Jahre in Dresden, das Studium der Physik hat mich hierher gezogen und die südbrandenburgischen Gefilde verlassen lassen. In der links-liberal geprägten Student_innenclubszene fand ich meine eigenen Vorstellungen wieder und bewegte mich irgendwann in einem politischen Jugendverband, der linksjugend Dresden. Schon bei den ersten Demonstrationen gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar war ich mit dabei. Ich engagierte mich im Fachschaftsrat Physik und im Student_innenrat der TU Dresden. Ich besuchte mehrere Bundesfachschaftentagungen der Physikfachschaften und organisierte auch eine im Jahr 2011 an der TU Dresden mit. Doch mein politisches

Engagement hörte an der Uni und danach nicht auf, ich ging zur linksjugend, integrierte mich schnell in den Koordinierungskreis, dem „organisierenden Vorstand“ des Dresdner Jugendverbandes und wurde Jugendpolitischer Sprecher des Stadtverbandes DIE LINKE. Dresden, welcher ich bis zum 21.11. diesen Jahres noch sein werde. Weiterhin bin ich seit einem Jahr stellvertretender Ortsbeirat im Ortsamt Neustadt. Es fiel mir anfangs nicht leicht, die gewachsenen Strukturen des Stadtverbandes Dresden zu überschauen und mich in Ihnen einzubringen. Dies änderte sich in meinem zweiten Jahr im Stadtverband. Als Jugendpolitischer Sprecher brachte ich die Interessen des Jugendverbandes in den Parteivorstand ein. Dies möchte ich zukünftig als Mensch mit Anbindung

an den Jugendverband weiterhin tun und darüber hinaus die funktionierenden Strukturen stärken und neue Ideen einbringen und gemeinsam mit den vielen engagierten Menschen im Stadtverband umsetzen, wie Mitgliedergewinnung, Arbeit mit Geflüchtete, Arbeit mit Menschen in prekären Situationen etc. und ganz wichtig: Mitgliederpflege. Menschen die etwas tun wollen, sollen die Möglichkeit haben, sich in der Partei DIE LINKE auf Stadtebene wiederzufinden, auch wenn sie Landes- und Bundesthemen aufgreifen möchten. Dies benötigt eine starke Vernetzung der Verbandsebenen und eine gute fruchtbare Kommunikation miteinander. Dafür möchte ich mich im Stadtverband einsetzen.

Torsten Bittermann

